

Fachbereich Medien

- BACHELORARBEIT -

Roth, Carolin:

***Satirische Bildbearbeitung in Bezug auf das
Persönlichkeitsrecht***

Hochschule Mittweida – University of Applied Science (FH)

Mittweida - 2011

Fachbereich Medien

Roth, Carolin:
***Satirische Bildbearbeitung in Bezug auf das
Persönlichkeitsrecht***

- eingereicht als Bachelorarbeit -

Hochschule Mittweida – University of Applied Science (FH)

Vorgelegte Arbeit wurde eingereicht am: 27.01.2011

Erstprüfer
Prof. Dr. phil. Ludwig Hilmer

Zweitprüfer
Prof. Dr. phil. Otto Altendorfer

Roth, Carolin:

Satirische Bildbearbeitung in Bezug auf das Persönlichkeitsrecht

2011 - 74 Seiten

Neusorg, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Medien, Bachelorarbeit

Referat

Die Bachelorarbeit beschäftigt sich mit der satirischen Bildbearbeitung, die durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht begrenzt und eingeschränkt wird. Ziel der Arbeit ist es, die dabei sich ergebende Problematik darzustellen, zu definieren und abzuklären inwieweit satirische Bildbearbeitung rechtlich zulässig ist.

Im Laufe der Arbeit wird sowohl der Bereich satirische Bildbearbeitung als auch das Persönlichkeitsrecht eingehend erörtert. Am Ende wird anhand von Gerichtsurteilen dargelegt, dass die satirische Bildbearbeitung im Rahmen der bestehenden Gesetze an Grenzen stößt, die es zu beachten gilt. Wobei feststeht, dass eine klare und eindeutige Grenzziehung äußerst schwierig und jeweils einzelfallbezogen zu beurteilen ist.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	VI
Abkürzungsverzeichnis	VII
Kapitel 1 Einleitung	8
1.1 Ziel der Arbeit	8
1.2 Aufbau der Arbeit	9
Kapitel 2 Satirische Bildbearbeitung	10
2.1 Definition Satire, Karikatur und Fotomontage	10
2.2 Verbreitung des Bildmaterials	12
2.2.1 Begriff des Bildnisses	13
2.2.2 Anfertigung von Bildnissen	14
2.2.3 Verbreitung und Zurschaustellung von Bildnissen	15
2.2.4 Einwilligung	15
2.2.5 Ausnahmen des Bildnisschutzes	17
Kapitel 3 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	25
3.1 Verfassungsrechtlicher Schutz der Persönlichkeit (Art. 5 GG)	26
3.1.1 Meinungs- und Informationsfreiheit	27
3.1.2 Pressefreiheit	29
3.1.3 Kunstfreiheit	30
3.2 Zivilrechtlicher Schutz der Persönlichkeit	32
3.2.1 Recht am eigenen Wort	32
3.2.2 Recht am eigenen Bild	33

3.2.3	Persönliche Ehre.....	34
3.2.4	Sphärentheorie.....	35
Kapitel 4	Verbreitungswege des satirischen Bildmaterials	40
4.1	Verschiedene Medien.....	40
4.2	Trennung von Aussagekern und satirischer Einkleidung.....	44
4.2.1	Aussagekern einer Karikatur	45
4.2.2	Äußere Form einer Karikatur.....	48
Kapitel 5	Rechtsgutverletzungen und daraus resultierende Ansprüche	50
5.1	Ansprüche nach Rechtsgutverletzungen	50
5.2	Rechtsprechung medial bedeutsamer Fälle	52
5.2.1	Strauß-Karikaturen	53
5.2.2	Deutsche Telekom AG: Ron Sommer	55
5.2.3	Lisa Loch	61
5.2.4	Christopher Street Day: Papamobil.....	64
Kapitel 6	Fazit	68
	Literaturverzeichnis	70

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Art. 5 GG	26
Abb. 2: Jessica Simpson.....	42
Abb. 3: Jürgen Trittin.....	43
Abb. 4: George W. Bush	47
Abb. 5: Deutsche Telekom - Ron Sommer	56
Abb. 6: Christopher Street Day - Papst Benedikt XVI.....	64

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
GG	Grundgesetz
KUG	Kunsturhebergesetz
LG	Landgericht
OLG	Oberlandesgericht
UrhG	Urhebergesetz
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 1 Einleitung

1.1 Ziel der Arbeit

Der Konflikt von Satire und Persönlichkeitsrecht war bereits Gegenstand zahlreicher juristischer Abhandlungen und ist auch heute noch ein aktuelles Thema. Immer häufiger sind Fotomontagen zu sehen, die eine verfälschte Begebenheit darstellen, was bei Zeitschriften, Zeitungen, beim Fernsehen und im Internet bereits zum Standardprogramm gehört. Auch Fotomontagen mit politischer Symbolik oder von gewichtigen Zeitpersonen aus Politik, Wirtschaft und Sport sind weit verbreitet. Vor allem komische, abfällige Zeichnungen oder Bilder, die zum Nachdenken anregen, werden zumeist verwendet. Solche Eye-Catcher sind heutzutage aus der journalistischen Berichterstattung kaum noch wegzudenken. Durch den Fortschritt der Technik können Fotos noch leichter und perfekter manipuliert werden. So können ganze Bildinhalte entfernt oder hinzugefügt werden, Menschen alt oder jung gemacht werden, neue Hintergründe gewählt und anderweitige manipulative Veränderungen vorgenommen werden. Vor allem die politisch-satirische Karikatur, die aktuelles Geschehen in überspitzter Form abbildet, wird in fast jeder in vielfältiger Form dargestellt. Mittels solcher Karikaturen soll oft auf das Vorhandensein von Missständen hingewiesen werden.

Ziel der Bachelorarbeit ist es, die zwischen Satirefreiheit und Persönlichkeitsrecht bestehende Problematik aufzuzeigen und für dieses Thema zu sensibilisieren. Denn bereits im Grundgesetz wird die oftmals unterschiedliche Interessenlage des Individuums, der Öffentlichkeit und der Medien eingehend geregelt. Daher ist es interessant festzustellen, wie die einzelnen Grundrechte zueinander stehen und wie sie gegenseitig zu gewichten sind. Folglich muss geklärt werden, ob und inwieweit die satirische

Bildbearbeitung dem Persönlichkeitsrecht Grenzen setzen kann und in welchem Umfang sich Fotomontagen noch im rechtlich zulässigen Rahmen bewegen.

1.2 *Aufbau der Arbeit*

Nach einer kurzen Einführung im ersten Kapitel befasst sich Kapitel 2 mit der satirischen Bildbearbeitung. Darin werden die verschiedenen Formen, wie Satire, Karikatur und Fotomontage, definiert und die Verbreitung des Bildmaterials, mit seinen Regeln und Ausnahmen erörtert.

Im Anschluss daran handelt Kapitel 3 vom allgemeinen Persönlichkeitsrecht, das in einen verfassungsrechtlichen und zivilrechtlichen Schutzbereich aufgeteilt ist. In diesen beiden Bereichen wird die Gesetzeslage näher erörtert, die für die satirische Bildbearbeitung und die Verbreitung solchen Materials maßgeblich ist.

In Kapitel 4 werden die verschiedenen Medien aufgezeigt, die mit satirischer Bildbearbeitung arbeiten und entsprechend veränderte Bilder und Karikaturen veröffentlichen. Zudem wird auf den Aussagekern sowie die satirische Einkleidung von Karikaturen eingegangen.

In Kapitel 5 werden zum einen die verschiedenen Ansprüche nach Rechtsverletzungen definiert und zum anderen einschlägige Urteile näher erläutert.

Im letzten Kapitel erfolgt eine zusammenfassende Wertung der gewonnenen Erkenntnisse.

Kapitel 2 Satirische Bildbearbeitung

2.1 *Definition Satire, Karikatur und Fotomontage*

Im Zusammenhang mit der Betrachtung der satirischen Bildbearbeitung in Bezug auf das Persönlichkeitsrecht muss zunächst deutlich gemacht werden, was unter satirischer Bildbearbeitung zu verstehen ist.

Satire kommt vom lateinischen Wort „satira“ bzw. „satura lanx“, was so viel heißt wie „bunt gemischtes Allerlei“. ¹ Häufig wird sie als ein literarisches Werk definiert, das aus einer subjektiven Sicht auf zeitgenössische Anschauungen sowie Missstände hinweisen und lächerlich machen will. Somit kann die Satire als eine Zeitkritik in literarischer Form bezeichnet werden. Hierbei werden die Dinge oft überspitzt und überzeichnet dargestellt, wie es auch ihre spezielle Form, die Karikatur, mit sich bringt.

Friedrich Schiller definierte die Satire in seiner Schrift *„Über naive und sentimentale Dichtung“* folgendermaßen: „In der Satire wird der Widerspruch der Wirklichkeit mit dem Ideal zum Gegenstand gemacht; die Wirklichkeit als Mangel dem Ideal als der höchsten Realität gegenübergestellt“ ². Stilmittel der Satire sind also Übertreibungen, Überzeichnungen, Spott, Ironie und Sarkasmus. ³ Außerdem muss der Rezipient oftmals über ein bestimmtes Vorwissen verfügen, um die Satire verstehen zu können. Allerdings gibt es hier immer einen gewissen Interpretationsspielraum und es kann nicht nur von einer richtigen Aussage gesprochen werden.

¹ Wenmakers 2009, 5

² Schiller 1795, 42 f

³ Wenmakers 2009, 7 f

Durch die Satire wird die Aufmerksamkeit des Betrachters erlangt und eine humoristische Wirkung hervorgerufen. Damit kann eine weit größere Zielgruppe angesprochen werden, als mit einer bloßen Berichterstattung.

Der Begriff Karikatur stammt vom italienischen Wort „caricare“ ab und bedeutet so viel wie „beladen, übertreiben“.⁴ Unter einer Karikatur versteht man demnach die komische überzeichnete Darstellung von Menschen oder von gesellschaftlichen Zuständen. Häufig haben diese Zeichnungen, die einen starken Kontrast zur Realität haben, politische Tendenz, um auf entsprechende Missstände aufmerksam zu machen, die den Betrachter zum Nachdenken anregen sollen. Karikaturen sind oftmals eine bildliche Form der Satire und können als „Waffe“ bei gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingesetzt werden. Hin und wieder wird mittels einer Karikatur sarkastisch und ironisch zu einem aktuellen Thema Stellung genommen. Fehler und Mängel werden zeichnerisch dargestellt und der Lächerlichkeit der Öffentlichkeit preisgegeben.

Gemäß § 22 KUG stellt die Karikatur ein Bild dar.⁵ Denn durch übertriebene Darstellung von Eigenschaften, Charakterzügen oder dem äußeren Erscheinungsbild des Abgebildeten, kann dieser wiedererkannt werden.

Die dritte Form neben Satire und Karikatur ist die Fotomontage, die heutzutage keine Seltenheit mehr ist und von vielen Medien - wie Fernsehen und Zeitschriften - genutzt wird. Es handelt sich dabei um eine spezielle Form der Kollage, die zumeist aus Fotografien oder Teilstücken hiervon besteht.

⁴ Augsten 2006-2009, Internet

⁵ Ennens 2009, 24 f

Im Rahmen der satirischen Bildbearbeitung müssen sowohl die Nutzungsrechte des Fotografens am Originalbild als auch dessen Persönlichkeitsrechte bei der Bildbearbeitung bzw. Bildmanipulation beachtet werden (§ 23 UrhG).⁶ Der Urheber muss seine Einwilligung geben, damit das Bild verändert werden darf. Verkleinerungen bzw. Vergrößerungen des Formats sind erlaubt, nur das Entstellungsverbot (§ 14 UrhG) muss eingehalten werden. Dies gilt für Verzerrungen oder Verfälschungen der Wesenszüge, aber auch für Vervielfältigungen einer Fotografie im Internet. Überdies sind nicht nur die Urheberpersönlichkeitsrechte des Fotografen zu wahren, sondern vor allem das allgemeine Persönlichkeitsrecht und das Recht am eigenen Bild zu beachten.

2.2 Verbreitung des Bildmaterials

Bei der Verbreitung des Bildmaterials sind mehrere rechtliche Würdigungen vorzunehmen:

- Liegt ein Bildnis vor?
- Wurden die Regeln zum Anfertigen und Verbreiten/Zurschaustellen des Bildmaterials eingehalten?
- Hat der Abgebildete seine Einwilligung erteilt?
- Handelt es sich um eine Ausnahme im Sinne des § 23 Abs. 1 KUG?

Was darunter jeweils zu verstehen ist und was es zu beachten gilt, wird im Folgenden beschrieben.

⁶ Hoeren/Nielen 2004, 157 f

2.2.1 Begriff des Bildnisses

Nach § 22 Abs. 1 KUG ist ein Bildnis die Darstellung einer oder mehrerer Personen, die die äußere Erscheinung des Abgebildeten in einer für Dritte erkennbaren Weise wiedergibt⁷. Mithin fallen darunter nur Personenbildnisse und keine Fotos von Tieren, Landschaften oder Sachen. Unerheblich ist hierbei die Herstellungsweise, Art und Form sowie das Medium durch das es publiziert wird⁸. Unter die Bezeichnung Bildnis fallen u.a. Portraits, Gemälde, Plastiken, Karikaturen, Fotografien und Fotomontagen.

Ist durch bestimmte Merkmale, wie Gesichtszüge, Statur, Haltung oder Frisur, eindeutig eine bestimmte Person identifizierbar, evtl. auch nur innerhalb des Bekanntenkreises, greift das Recht am eigenen Bild, worauf unter Punkt 3.2.2 näher eingegangen wird.⁹ Selbst Hinweise im Begleittext, die Rückschlüsse auf die Identität des Abgebildeten zulassen, können zur Erkennbarkeit führen. Zumeist genügen weder der allseits bekannte Augenbalken noch eine Verpixelung des ganzen Gesichts für eine ausreichende Unkenntlichmachung der Person. Zur Identifikation kann schon die Namensangabe unter dem Bild oder die Mitteilung des Wohnortes ausreichend sein. Darüber hinaus sind einwilligungslose Bildveröffentlichungen, die das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Betroffenen verletzen, insbesondere Nacktaufnahmen, ebenfalls verboten. In den nachfolgenden Ausführungen werden diese Aspekte noch näher erläutert.

⁷ Götting/Schertz/Seitz 2008, 211

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Wanckel 2009, 74 ff

2.2.2 Anfertigung von Bildnissen

Die Anfertigung von Bildnissen ist im KUG weitgehend ungeregt.¹⁰ Allerdings hat die Frage einer erlaubten Anfertigung nach den Grundsätzen des Rechts am eigenen Bild zu erfolgen. Eine zeichnerische oder sonstige manuelle Bildnisanfertigung ist grundsätzlich zulässig. Bei der Fotografie trifft dies aber im Allgemeinen nicht zu, da sie an sich einen schwerwiegenden Eingriff ins Persönlichkeitsrecht darstellt und, von Ausnahmen abgesehen auf die später noch eingegangen wird, nur mit Einwilligung des Abzubildenden erlaubt ist. In der Gesamtschau muss immer eine Güter- und Interessenabwägung stattfinden und in jedem Einzelfall geprüft werden.

Insbesondere das heimliche Anfertigen von Fotografien, speziell wenn sich der Fotograf unter einem Vorwand Zutritt verschafft, ist unzulässig.¹¹ Darunter fallen nicht nur Nacktfotos oder Bilder von Personen im Zustand der Trunkenheit, sondern auch heimliche Videoaufnahmen über einen längeren Zeitraum. Hingegen sind Bilder von Personen der Zeitgeschichte (siehe Punkt 2.2.5.1) erlaubt, da dieser Personenkreis sich freiwillig ins Rampenlicht der Öffentlichkeit begeben hat. Ferner ist das Anfertigen von Pressefotos durch das Grundrecht der Pressefreiheit (siehe Punkt 3.1.2) geschützt und der Recherche zuzuordnen. Dies gilt auch für Aufnahmen, die von sog. Paparazzi gemacht werden. Aufnahmen durch die Polizei und bei Gerichtsverhandlungen stellen einen Sonderfall dar, der jedoch für diese Arbeit unerheblich ist und zu umfassend wäre, sodass auf ihn nicht weiter eingegangen wird.

¹⁰ Wenzel 2003, 424 f

¹¹ Wenzel 2003, 426 ff

2.2.3 Verbreitung und Zurschaustellung von Bildnissen

Das Recht am eigenen Bild schützt vor dem unerlaubten Verbreiten und der öffentlichen Zurschaustellung von Bildnissen.

Der Begriff des „Verbreitens“ erstreckt sich sowohl auf den öffentlichen als auch auf den privaten Bereich.¹² Ob nun das Original oder eine Vervielfältigung weitergegeben wird spielt dabei keine Rolle. Zudem ist auch der Zweck der Verbreitung - ob gewerbsmäßig oder unentgeltlich - völlig unerheblich. Unter dem Begriff „Zurschaustellung“ ist die Schaffung der Möglichkeit zu verstehen, das Bildnis wahrzunehmen. Allerdings gilt dies nur für den öffentlichen Bereich, d.h. wenn es für eine Mehrzahl an Personen bestimmt ist und es sich um keinen geschlossenen Personenkreis, wie beispielsweise in einem Seminar oder einer Vorlesung, handelt.

Ein Bildnis kann über viele verschiedene Kanäle, wie Internet, Zeitung, Fernsehen usw., verbreitet werden. Art und Ort spielen keine Rolle, ob es nun zulässig ist oder nicht. In Kapitel 4 wird auf die verschiedenen Medien, die mit satirischer Bildbearbeitung arbeiten, und auf die Art ihrer Bilder näher eingegangen.

2.2.4 Einwilligung

Nach dem eigentlich eindeutigen Gesetzeswortlaut des § 22 KUG sind Bildnisveröffentlichungen nur mit Einwilligung des Abgebildeten zulässig.¹³ Aber auch hier gibt es zwei Ausnahmen, und zwar wenn entweder eine konkludente Einwilligung vorliegt oder das Foto in den Bereich der Berichterstattung über die Zeitgeschichte und deren Personen fällt.

¹² Wenzel 2003, 435

¹³ Wanckel 2009, 78

Die Einverständniserklärung kann sowohl ausdrücklich als auch stillschweigend abgegeben werden.¹⁴ Eine durch konkludentes Verhalten stillschweigend erteilte Einwilligung liegt beispielsweise vor, wenn sich jemand vor laufender Kamera den Fragen eines Journalisten stellt. Dabei muss dem Abgebildeten Zweck, Art und Umfang der geplanten Veröffentlichung hinreichend bekannt sein. Ausdrückliche Einwilligungen sind aber die Regel; sie können sowohl mündlich als auch schriftlich erteilt werden. Hier ist zumeist der Verwendungszweck einschließlich etwaiger Einschränkungen, wie zeitlicher oder inhaltlicher Umfang, exakt definiert.

Außerdem kann eine Einwilligung zeitlich, räumlich und sachlich beschränkt oder unbeschränkt erteilt werden.¹⁵ So deckt sie nur den konkreten vertraglich vereinbarten Zweck ab. Dies bedeutet, dass die Erlaubnis zur Verwendung eines Nacktfotos in einem Biologieschulbuch nicht die Verwendung des fraglichen Fotos Jahre später in einem Fernsehbericht gestattet. Zudem kann eine Einwilligung unter bestimmten Umständen aus wichtigem Grund widerrufen werden. Beispielsweise kann eine ehemalige Prostituierte die Einwilligung zur Verbreitung ihrer Fotos widerrufen, wenn sie sich vollständig aus dem Rotlichtmilieu zurückgezogen hat. Denn dann wäre eine weitere Verwendung dieser Fotos für sie nicht mehr zumutbar und würde persönlichkeitsrechtsverletzend sein. Selbst nach dem Tod einer Person hat ein Bild zehn Jahre lang postmortalen Schutz und darf erst nach Einwilligung der Angehörigen veröffentlicht werden. Dies gilt aber nicht bei Verwendung von Bildern verstorbener Persönlichkeiten zu Werbezwecken, da hier dann die zeitliche Grenze entfallen würde.

¹⁴ Wanckel 2009, 81 ff

¹⁵ Götting/Schertz/Seitz 2008, 218 f

2.2.5 Ausnahmen des Bildnisschutzes

Nach § 23 KUG gibt es vier Ausnahmen, dass Bildnisse, auf denen die Personen erkennbar sind, ohne deren Einwilligung oder sogar gegen den Willen der Abgebildeten verbreitet bzw. verwendet werden dürfen. Hierbei spielen vor allem Bildnisse, auf denen Personen aus der Zeitgeschichte abgebildet sind, eine große Rolle, da diese Abbildungen oftmals dem Interesse der Allgemeinheit dienen. Darüber hinaus besteht Abbildungsfreiheit für Bildnisse bei denen Personen nur als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen sowie bei Personen, die bei öffentlichen Versammlungen, Aufzügen oder Ähnlichem teilnehmen oder teilgenommen haben und schließlich noch bei Bildnissen, die dem höherwertigen Interesse der Kunst dienen.

2.2.5.1 Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte

Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte stellen gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG eine Ausnahmeregelung vom Bildnisschutz dar.¹⁶ Demzufolge dürfen solche Bildnisse, die dem Interesse des Abgebildeten entgegenstehen, nur verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden, wenn dadurch Informationsinteressen wahrgenommen werden. Zudem muss die Person nicht nur eine Person der Zeitgeschichte sein, sondern muss vielmehr auch zeitgeschichtlichen Nachrichtenwert haben und die Abbildung muss dem Informationszweck dienen. Der Werbezweck bleibt hiervon ausgeschlossen.

Den Begriff „Zeitgeschichte“ kann man ungefähr mit „Zeitgeschehen“ gleichsetzen.¹⁷ Demnach zählen dazu alle Ereignisse, von denen man annimmt, dass eine gewisse Öffentlichkeit - die auch lokal sein kann - Interesse daran

¹⁶ Wenzel 2003, 464

¹⁷ Hoeren/Nielen 2004, 319

hat, darüber informiert zu werden. Denn die Presse muss innerhalb der gesetzlichen Grenzen einen angemessenen Spielraum haben, um zu entscheiden, was eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse ist und was zur Meinungsbildung notwendig ist¹⁸. Der Bereich Zeitgeschichte erstreckt sich nicht nur auf Personen in der Politik, sondern ebenso auf andere prominente Persönlichkeiten, wie zum Beispiel den Fußballstar Christiano Ronaldo beim Einkaufsbummel oder die Musiklegende Elton John bei einem Auftritt. Dieses zeitgeschichtliche Interesse kann sogar über den Tod hinaus bestehen bleiben, wie bei den Musiklegenden Elvis Presley und neuerdings Michael Jackson. Zusammenfassend kann man sagen, dass alle Personen, an denen ein allgemeines öffentliches Interesse besteht bzw. bestanden hat, zur Zeitgeschichte gehören. Bildnisse aus diesem Bereich zeigen somit Personen, die in ihrer jeweiligen Zeitepoche öffentlichkeitswirksam wahrgenommen worden sind. Hierbei spielt die Dauer des Informationsinteresses der Öffentlichkeit an der betreffenden Person keine Rolle, d.h. es kann auch nur ein einzelnes Ereignis interessant gewesen sein. Daher gibt es sowohl absolute Personen der Zeitgeschichte als auch relative Personen der Zeitgeschichte.

Als absolute Personen der Zeitgeschichte werden nach Götting/Schertz/Seitz Personen angesehen, „die durch Geburt, Stellung, Leistung oder ihr sonstiges Verhalten außergewöhnlich aus dem Kreis der Mitmenschen herausragen“, weshalb bei ihnen ein generelles Interesse an Information ohne aktuellen Anlass besteht.¹⁹ Es wird kein zeitgeschichtliches Ereignis benötigt, sondern der Mensch an sich ist schon ein zeitgeschichtliches Ereignis. So dürfen von diesen Personen Bilder, lediglich durch § 23 Abs. 2 KUG begrenzt, außerhalb der jeweiligen Funktion veröffentlicht werden.

¹⁸ Wenzel 2003, 465

¹⁹ Götting/Schertz/Seitz 2008, 225 f

Zu den Personen der absoluten Zeitgeschichte, die auch im Privatbereich abgebildet werden dürfen, gehören u.a. Politiker wie Angela Merkel, Gerhard Schröder und Edmund Stoiber, Schauspieler wie Brad Pitt, Til Schweiger und Julia Roberts, Sportler wie Franz Beckenbauer, David Beckham und Michael Schuhmacher, berühmte Sänger und sonstige Künstler sowie gleichfalls die Angehörigen der Königshäuser.²⁰ Dieser Personenkreis muss immer damit rechnen in fast jeder Lebenslage - ob beim Baden, Radfahren oder Einkaufen - fotografiert und irgendwo abgebildet zu werden. Personen, die nur für einen gewissen Zeitraum im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, z.B. Talkshow-Moderatoren und Nachrichtensprecher, gehören nicht allein wegen der aktuellen Prominenz automatisch zu den absoluten Personen der Zeitgeschichte, da der Bekanntheitsgrad weg ist, wenn sie von der Bildfläche verschwunden sind.

Sollte sich jedoch eine absolute Person der Zeitgeschichte an einen Ort der Abgeschiedenheit zurückgezogen haben, an dem sie objektiv erkennbar für sich sein will und sich so verhält, wie sie es in der Öffentlichkeit nicht tun würde, greift wieder der Schutz der Privatsphäre.²¹ Folglich würde durch heimliche Bilder das berechtigte Interesse der Person an ihrer Intimsphäre verletzt, was nicht zulässig ist.

Durch oder aufgrund besonderer Ereignisse kann auch jemand ins öffentliche Interesse gerückt werden und eine Person der Zeitgeschichte werden.²² Diese Menschen werden als relative Personen der Zeitgeschichte bezeichnet, da sie nur für einen bestimmten Zeitraum oder sogar nur einmalig im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Daher ist das Abbilden bzw. Fotografieren solcher Personen nur zu diesem Zeitpunkt oder im maßgeblichen

²⁰ Götting/Schertz/Seitz 2008, 226

²¹ Hoeren/Nielen 2004, 319 f

²² Hoeren/Nielen 2004, 320

Zeitraum gestattet, später allerdings nicht mehr, da dann kein öffentliches Interesse mehr vorliegt.

Die Abbildungsfreiheit einer relativen Person der Zeitgeschichte ist begrenzt durch die Voraussetzungen des Ereignisbezugs sowie der Aktualität.²³ Wichtig ist dabei nicht der Grund warum der Betroffene für die Allgemeinheit von Interesse ist, ob es zufällig oder mit Absicht passiert ist und auch nicht ob die Person negativ oder positiv mit dem Ereignis verbunden ist. Entscheidend sind vor allem zwei Aspekte, nämlich die Aktualität zum Ereignis und der thematische Zusammenhang zwischen Person und Ereignis.

Wie oben bereits erwähnt handelt es sich bei relativen Personen der Zeitgeschichte beispielsweise um Nachrichtensprecher, Talkshow-Moderatoren, Personen von Castingshows und um Opfer oder Täter einer Straftat. Man kann also sagen, dass es sich jeweils nur um temporäre Prominenz handelt.

Wie vorstehend erläutert stellen also „Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte“ eine Ausnahme zum Recht am eigenen Bild dar. Doch auch hier gibt es Bereiche, wo bestimmte Bildnisse von Personen nicht veröffentlicht werden dürfen.

Hier wäre zum einen die Verletzung von Intim- und Privatsphäre zu nennen (siehe Punkt 3.2.4 Sphärentheorie) und zum anderen das reine Geschäftsinteresse.²⁴ Wenn jemand durch die Verwertung von Bildern lediglich sein persönliches Geschäftsinteresse verfolgt, kann er sich nicht auf die Abbildungsfreiheit berufen. Allerdings ist es oft schwierig zwischen zulässiger und unzulässiger Veröffentlichung zu unterscheiden, weswegen dies aus der Sicht einer unbefangenen Person ermittelt werden muss.

²³ Götting/Schertz/Seitz 2008, 226 ff

²⁴ Ennens 2009, 42 ff

Insgesamt gibt es vier Gruppen, die zu unterscheiden sind.²⁵

- Reine Werbung:
Das Foto einer Person der Zeitgeschichte wird in der klassischen Werbung verwendet. Dies ist nur durch Einwilligung des Abgebildeten für den jeweiligen Einzelfall zulässig.
- Vertrieb ausschließlich des Bildnisses:
Eine Person der Zeitgeschichte muss es nicht hinnehmen, dass ihr Bildnis verkauft wird, z.B. Sammelalbum mit Fotos von Fußballern. Da der Verkauf nicht dem Informationsinteresse dient, sondern ausschließlich dem alleinigen Geschäftsinteresse des Verkäufers ist dies ohne Einwilligung nicht statthaft.
- Bildnis auf dem Produkt:
Der Verkauf von Produkten, auf denen das Foto von bestimmten Personen abgebildet ist, ist ohne deren Einwilligung nicht zulässig.
- Bildnis bei Verbindung von Werbung und Journalismus:
Eine klare Trennung ist hier äußerst schwierig, da wirtschaftliches und publizistisches Interesse häufig nahe beieinander liegen. So darf eine Person aus dem Bereich der Zeitgeschichte auf dem Titelblatt abgebildet werden. Allerdings nicht direkt und in gleicher Größe mit einem beworbenen Produkt, da sonst fälschlicherweise der Eindruck vermittelt werden würde, dass der oder die Abgebildete das Produkt unterstützt und absichtlich mit diesem Produkt in Verbindung gebracht werden will. Eine solche Irreführung ist unzulässig.

²⁵ Vgl. ebd.

2.2.5.2 Personen als Beiwerk

Bilder, auf denen die Personen lediglich als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen, dürfen gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG ohne Einwilligung des Abgebildeten verbreitet werden.²⁶ Es darf also nicht die Person im Vordergrund stehen, wie dies beim Bildnis der Fall ist. Unbeachtliches Beiwerk ist eine Person erst dann, wenn sie keinen Einfluss auf das Thema des Bildes ausübt.

Man kann sagen, dass § 23 Abs. 1 Nr. 2 KUG eine Ausnahmegesetzvorschrift zur Einwilligungserfordernis des § 22 KUG darstellt.²⁷ Beispiele für solche Beiwerk-Bilder sind bestimmte Szenen, wie die Weihnachtseinkäufe in einer Fußgängerzone oder die Eröffnung der Ski-Saison in einem Wintersportort. Ausnahmen für den Begriff „Beiwerk“ wären, wenn ein Personenbildnis mittels Fotomontage in eine andere Aufnahme gesetzt wird oder aus der eigentlichen Aufnahme herausgenommen, anschließend vergrößert und für sich veröffentlicht wird. Denn wenn abgebildete Personen aus einem Bild herausgeschnitten und für sich veröffentlicht werden, werden sie Mittelpunkt der Darstellung und sind dadurch kein Beiwerk mehr. Daher wäre hier wieder eine Einwilligung der fraglichen Person notwendig.

2.2.5.3 Personen bei Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen

Nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 KUG dürfen Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen

²⁶ Wanckel 2009, 128

²⁷ Kadner 2004, 164

haben, einwilligungsfrei verbreitet werden.²⁸ Ansonsten wären Aufnahmen von Veranstaltungen mit einer Vielzahl von Teilnehmern wegen des Einwilligungserfordernisses des § 22 KUG faktisch unmöglich.

Unbedingt erforderlich ist, dass das abgebildete Bild zum Zwecke der Information dient und einen Eindruck von der jeweiligen Veranstaltung vermittelt.²⁹ Wenn durch Fotomontagen ein fälschlicher Vorgang dargestellt wird, greift kein Publizitätsinteresse und die Ausnahmebestimmung des KUG gilt nicht. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn bei einem Bild nicht vorhandene Slogans angebracht werden.

Der Anwendungsbereich ist jedoch begrenzt.³⁰ So muss die Abbildung der Veranstaltung im Vordergrund stehen und nicht die Hervorhebung einzelner Teilnehmer. Ferner dürfen auch Personen im Bildvordergrund stehen, die den Charakter der Veranstaltung repräsentieren, was für die Veranstaltung Symbolwert hat, wie beispielsweise die Raver der Loveparade oder Teilnehmer von Demonstrationen. Auch der Begriff „Versammlung“ hat eine eigenständige Bedeutung. Nicht jede zufällige Menschenansammlung ist hiermit gemeint, sondern „alle Ansammlungen von Menschen, die den kollektiven Willen haben, etwas gemeinsam zu tun“. Zusammenfassend kann man sagen, dass das Geschehen selbst die Hauptaussage der Abbildung bleiben muss.

2.2.5.4 Höherwertiges Interesse der Kunst

Die letzte Ausnahmegvorschrift, § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG, regelt, dass Bildnisse, die nicht auf Bestellung angefertigt sind, ohne Einwilligung veröffentlicht werden dürfen, sofern die Verbreitung und Zurschaustellung dem höherwertigen

²⁸ Wanckel 2009, 129 f

²⁹ Kadner 2004, 165 f

³⁰ Wanckel 2009, 129 f

Interesse der Kunst dient.³¹ Darunter fallen Gemälde, Kunstfotografien oder plastische Darstellungen einer Person, es sei denn, es würde damit ein wirtschaftliches Ziel wie bei Werbeaufnahmen verfolgt werden.

Der Ausdruck „höherwertiges Interesse der Kunst“ soll keine Qualifizierung der Kunstwerke sein, sondern lediglich Bildnisse schützen, die nur zu künstlerischen Zwecken verbreitet werden.³² Bisher hat die Rechtsprechung satirische Bilder anhand des § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG beurteilt, doch im jüngeren Schrifttum wird vermehrt gefordert, den Anwendungsbereich des § 23 Abs. 1 Nr. 4 KUG auch auf satirische Bilder mit zu erstrecken. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass in der bisherigen Rechtsprechung, soweit ersichtlich, die Bedeutung dieser Ausnahme faktisch negiert wird.

³¹ Kadner 2004, 166

³² Götting/Schertz/Seitz 2008, 242 f

Kapitel 3 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht

Nach Götting/Schertz/Seitz zählt die Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zu den tiefgreifendsten und weitreichendsten Veränderungen, die das deutsche Privatrecht nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren hat.³³ So werden die besonderen Persönlichkeitsrechte, wie das Recht am eigenen Bild und das Namensrecht, in diesem Rechtsgebiet geregelt. Die Entwicklung des Persönlichkeitsschutzes ist stark von der technischen Entwicklung abhängig. Beispielsweise führte die Fotografie zu einem Bildnisschutz, um den Schutz der Privatsphäre weiterhin zu gewährleisten. Denn in Sekundenschnelle kann, insbesondere aufgrund der neuen Medien, das Bildnis von jedermann verbreitet werden. Wegen des technischen Fortschritts gibt es immer mehr Möglichkeiten eines Eingriffs in die persönlichen Bereiche des Menschen, die allerdings bei der Entstehung des BGB noch nicht vorstellbar waren. Deswegen benötigt das Individuum weiterhin einen effektiven Schutz gegen die Übermacht der Medien. Aus dem Gesagten ergibt sich zwangsläufig, dass das Persönlichkeitsrecht dem Schutz ideeller Interessen dient.

Der Schutz der Persönlichkeit ist für jeden Einzelnen von immenser Bedeutung. Daher gibt es sogar zwei unterschiedliche Schutzbereiche, und zwar den verfassungs- sowie zivilrechtlichen Bereich, um die Persönlichkeit zu schützen.

³³ Götting/Schertz/Seitz 2008, V und 196

3.1 Verfassungsrechtlicher Schutz der Persönlichkeit

(Art. 5 GG)

Im Jahr 1954 wurde das allgemeine Persönlichkeitsrecht in der „Schacht-“ bzw. „Leserbrief-Entscheidung“ zum ersten Mal vom BGH anerkannt.³⁴ Der Brief eines Anwalts wurde inhaltlich verändert und unbefugt veröffentlicht, als eine Art Leserbrief, wodurch ein falscher Eindruck entstand.

Ein weiteres wichtiges Urteil in der Rechtsfortbildung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts war das „Elfes-Urteil“, welches das BVerfG erlassen hatte.³⁵ Der Tenor des Urteils lautet, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht nicht vom Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit getrennt werden kann.

Ferner steht aufgrund ständiger Rechtsprechung des BVerfG fest, dass satirische Darstellungen und Äußerungen entweder dem Recht auf Meinungsfreiheit oder dem auf Kunstfreiheit zuzuordnen sind. Beide Rechte sind in Art. 5 des GG verankert.³⁶ Hierauf wird nachstehend noch näher eingegangen.

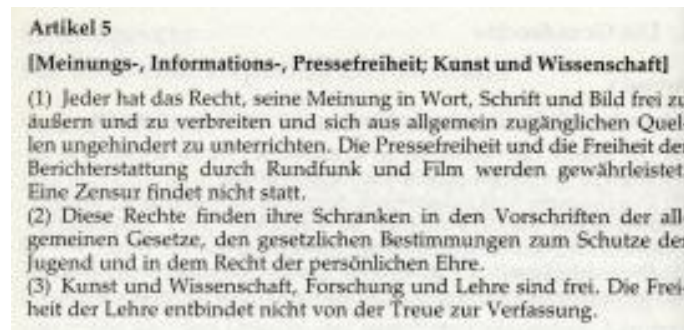


Abb. 1: Art. 5 GG

³⁴ Gottwald 1996, 34 f

³⁵ Götting/Schertz/Seitz 2008, 102 f

³⁶ Wenmakers 2009, 53

3.1.1 Meinungs- und Informationsfreiheit

Das Recht auf Meinungsfreiheit ist in Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG geregelt und lautet: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“³⁷. Demnach gewährleistet dieses Grundrecht die freie, individuelle und öffentliche Meinungsbildung und die Informationsfreiheit. Der Meinungsäußerungsfreiheit unterfallen sämtliche Äußerungsformen und die Wahl des Ortes und der Zeit.

Im gewissen Sinne ist die freie Meinungsäußerung die Grundlage jeder Freiheit überhaupt, denn durch diesen Artikel im Grundgesetz werden die Meinungsäußerung und die Meinungsverbreitung sowie die Informationsfreiheit gewährleistet.³⁸ Jeder Mensch kann somit - im gesetzlichen Rahmen - frei und offen sagen, was er denkt. Dabei sind weder die Richtigkeit und Vernünftigkeit der Äußerung noch der Wert der Information ausschlaggebend.

Das BVerfG hat in seiner sog. „Wahlkampfäußerung“-Entscheidung klargestellt, dass diese Gesetzesbestimmung auch Tatsachenbehauptungen einschließt³⁹. So war Reh binder schon 1962 der Meinung, dass ein Meinungskampf oder auch nur die Diskussion wenig sinnvoll ist, wenn nur die Meinungen frei geäußert werden dürften, die ihnen zugrundeliegenden Tatsachen aber nicht⁴⁰.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass Meinungsäußerungen einen weitgehenden Schutz genießen.⁴¹ Der Unterschied zwischen Meinungsäußerung und Tatsachenbehauptung liegt darin, dass Meinungsäußerungen eine Stellungnahme, das Dafürhalten und das bloße

³⁷ Grundgesetz 2007, 16

³⁸ Alexy 2009, 73 f

³⁹ Götting/Schertz/Seitz 2008, 492

⁴⁰ Reh binder 1962, 84

⁴¹ Götting/Schertz/Seitz 2008, 493

Meinen sind, wohingegen Tatsachenbehauptungen Äußerungen über Begebenheiten sind.

Einschränkungen der Kommunikationsfreiheit sind aus Art. 5 Abs. 2 GG ersichtlich.⁴² Danach findet dieses Grundrecht seine Begrenzung in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen des Jugendschutzes und in dem Recht der persönlichen Ehre. Neben diesen einschränkenden Rechten ist bei der Bildberichterstattung auch das Recht am eigenen Bild und Namen zu beachten. So muss abgewogen werden, ob das Interesse der Öffentlichkeit an der Veröffentlichung oder das Schutzinteresse des Betroffenen höher zu bewerten ist.

Durch freie, umfassende und selbstständige Information wird eine freie Meinungsbildung bzw. Meinungsäußerung erst ermöglicht.⁴³ Nur dadurch kann der Mensch sein Wissen erweitern und somit auch seine Persönlichkeit entfalten. Nachdem der sich Informierende richtige und vollständige Angaben erhalten möchte, müssen falsche und irreführende Informationen vermieden werden, sobald dies im Allgemeininteresse liegt. Überdies verstoßen auch das Vorenthalten von Informationen, die Erschwernis der Beschaffung sowie der Ausschluss von einem Informationsmedium gegen dieses Grundrecht.

Für die satirische Bildbearbeitung, insbesondere die Karikatur und Fotomontage, bedeutet dies, dass es fraglich ist, ob der Macher sich bei der Veröffentlichung auf sein Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen kann. Es spielt keine Rolle, ob eine Äußerung mündlich erfolgt, da man auch durch Bilder und Fotobearbeitung seine Meinung ausdrücken kann. Egal ob in Zeitungen oder im Fernsehen, Karikaturen wie auch Fotomontagen wollen Kritiken an der Gesellschaft und am aktuellen Zeitgeschehen ausüben, wodurch sowohl ein Werturteil als auch eine Meinungsäußerung zustande kommt.

⁴² Götting/Schertz/Seitz 2008, 499

⁴³ Wenzel 2003, 23 f

3.1.2 Pressefreiheit

Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG sagt aus, dass die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film gewährleistet werden⁴⁴. Dies bedeutet so viel wie Meinungsfreiheit für die Presse.

Neben der Äußerungsfreiheit wird auch die institutionelle Eigenständigkeit der Presse garantiert.⁴⁵ Dieser Schutz umfasst neben der gesamten Tätigkeit der Presse und des Rundfunks auch Qualität, Verbreitung, Bedeutung und Auflage der Nachricht. Bei der Berichterstattung muss vorrangig eine Güter- und Interessenabwägung stattfinden, d.h. das öffentliche Interesse muss immer gegeben sein.

Durch die Pressefreiheit wird die freie, individuelle und öffentliche Meinungsbildung gewährleistet, die häufig auch zu einer Entscheidungsfindung benötigt wird. Dieser Artikel im Grundgesetz bewirkt, dass die Presse ihrem Informationsauftrag nachkommen kann und schützt sie vor der Zensur. Denn ohne einen entsprechenden Schutz wäre eine objektive Meinungsbildung nicht möglich. Der Schutzbereich der Pressefreiheit wird berührt, wenn die Tätigkeit der Berichterstattung eingeschränkt ist.

Neben der Informationsfunktion übt die Presse auch eine Kontrollfunktion gegenüber der Staatsgewalt aus, da durch ihre Berichterstattung die Staatsorgane faktisch kontrolliert und überwacht werden.⁴⁶ Durch die Pressefreiheit wird letztendlich ermöglicht, dass Missstände aber auch soziale Ungerechtigkeiten aufgedeckt und angeprangert werden. Dieser öffentlichen Aufgabe, die Allgemeinheit sachgerecht und umfassend zu informieren, kann die Presse nur nachkommen, solange sie frei von staatlicher Kontrolle ist.

⁴⁴ Grundgesetz 2007, 16

⁴⁵ Götting/Schertz/Seitz 2008, 32

⁴⁶ Ennens 2009, 60 f

Sollte jedoch die Frage aufkommen, ob eine bestimmte Äußerung in der Presse erlaubt ist oder nicht, vor allem ob das Persönlichkeitsrecht von jemanden verletzt worden ist, kommt Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG zur Anwendung.⁴⁷ Denn wenn eine Berichterstattung über das Privatleben eines Politikers, ohne direkten Bezug zu dessen öffentlichen Verantwortung erfolgt, gilt das Recht auf Pressefreiheit nicht mehr oder zumindest nur noch eingeschränkt. Oftmals kommt es dann zur Interessenkollision mit anderen vom Grundgesetz geschützten Werten.

Für die satirische Bildberichterstattung bedeutet das oben Dargelegte, dass eine Meinung auch in bildlicher Form geäußert werden kann. Denn eine Karikatur stellt eine Meinungsäußerung, oft in kritischer Form, dar und ist damit schützenswert. Ob sich eine Karikatur nun im Rahmen der Presse- oder Meinungsfreiheit bewegt, kann dahin gestellt bleiben und ist oftmals Auslegungssache.

3.1.3 Kunstfreiheit

Die Kunstfreiheit ist in Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG geregelt und besagt, dass Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre frei sind⁴⁸. Deshalb ist es notwendig zu wissen, was unter den Begriff „Kunst“ fällt und was nicht. Nach einer Entscheidung des BVerfG wird etwas als Kunst anerkannt, wenn „es sich um eine schöpferische Gestaltung handelt, in der Eindrücke, Erfahrungen, Erlebnisse der Künstler durch das Medium einer bestimmten Formsprache zu unmittelbarer Anschauung gebracht werden. (Kunst) sei weniger als Mitteilung,

⁴⁷ Alexy 2009, 80 ff

⁴⁸ Grundgesetz 2007, 16

sondern vielmehr als Ausdruck der individuellen Persönlichkeit des Künstlers zu verstehen“⁴⁹.

Die Kunstfreiheit beinhaltet das Verbot, die künstlerische Tätigkeit einzuengen oder ihr allgemein verbindliche Regeln aufzuerlegen.⁵⁰ Der Künstler kann daher frei entscheiden, wie er – aus seiner Sicht – die Wirklichkeit darstellt. Er kann sich in seinem künstlerischen Schaffensprozess frei entfalten. Mithin ist der Künstler frei in Themenwahl und -gestaltung.

Wie schon die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit findet auch die Kunstfreiheit ihre Grenze im Persönlichkeitsrecht, da dieses Grundrecht einen besonders hohen Rang genießt – vor allem im Bereich der Menschenwürde.⁵¹ Es muss eine Güter- und Interessenabwägung, unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, jeweils stattfinden. Außerdem muss eine kunst- und wertspezifische Betrachtung dahingehend vorgenommen werden, ob eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts im jeweiligen Einzelfall vorliegt. Sobald Bildnisse jedoch dem höherwertigen Interesse der Kunst dienen, ist die Einwilligung des Betroffenen nicht erforderlich, wenn dessen Interessen nicht verletzt werden. Andernfalls greift automatisch das verfassungsrechtliche Abwägungsgebot bei konkurrierenden Grundrechten.

Bei zutreffender Anwendung des Kunstbegriffs tritt zutage, dass eine Karikatur oder eine andere Form der satirischen Darstellung in den Schutzbereich des Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG fallen. Zwar ist eine Karikatur eine spezielle Meinungsäußerung in Form von Kritik, doch sie ist auch eine bildliche Darstellung. Es muss am Ende das schöpferisch geformte Ergebnis gegeben sein, um unter den Begriff „Kunst“ zu fallen.

⁴⁹ Hoeren/Nielen 2004, 220

⁵⁰ Wenzel 2003, 75 f

⁵¹ Götting/Schertz/Seitz 2008, 557 f

3.2 Zivilrechtlicher Schutz der Persönlichkeit

Die Persönlichkeit eines Individuums kann in unterschiedlicher Form. angegriffen werden. Um genau beurteilen zu können, ob es sich um einen Angriff handelt bzw. wo das allgemeine Persönlichkeitsrecht Grenzen setzt, ist eine Betrachtung der zivilrechtlichen Schutzbereiche der Persönlichkeit hilfreich.

Zu diesen Schutzgütern gehören das Recht am eigenen Wort und am eigenen Bild, die persönliche Ehre und die drei Lebensbereichssphären. Die einzelnen Rechte werden im Folgenden kurz erläutert.

3.2.1 Recht am eigenen Wort

Das Recht am eigenen Wort soll laut Burkhardt die eigene Darstellung der Person in der Kommunikation schützen.⁵² Danach soll der Einzelne selbst bestimmen, ob sein Gesagtes einem einzigen Gesprächspartner, einem bestimmten Personenkreis oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Es kommt dabei nicht auf den Wert der Information an, sondern auf die Vereinbarung einer gewissen Vertraulichkeit des Gesprächs.

Vor allem das Abhören mithilfe technischer Mittel im privaten oder geschäftlichen Bereich ist ein besonders schwerwiegender Eingriff in das Persönlichkeitsrecht.⁵³ Ebenso das Mithören gesprochener Worte von Dritten verletzt dieses Recht und ist nur dann zulässig, wenn und soweit es zum Beweis illegalen Verhaltens des Betroffenen dient.

⁵² Wenzel 2003, 149 ff

⁵³ Götting/Schertz/Seitz 2008, 139

Allerdings schützt das Recht am eigenen oder gesprochenen Wort nicht vor Stimm-Imitation, die oftmals im Radio aber auch im Fernsehen verwendet wird.⁵⁴ Sollte jedoch die Imitation der menschlichen Stimme durch einen anderen Menschen für Werbezwecke benutzt werden, ist es rechtswidrig und das allgemeine Persönlichkeitsrecht greift.

3.2.2 Recht am eigenen Bild

Das Recht am eigenen Bild ist in den §§ 22 ff KUG geregelt und sagt aus, dass jeder selbst über die Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung seines Bildnisses entscheiden kann.⁵⁵ Es schützt neben dem Wert- und Achtungsanspruch der Persönlichkeit zugleich auch vor unerlaubter Verwertung von Bildnissen zu Werbezwecken. Durch Verfälschung eines Bildes mittels Retuschierung, digitaler Bearbeitung oder anderweitiger Veränderung, kann auch das Recht am eigenen Bild verletzt werden. Solche Manipulationen führen dazu, dass das Selbstbestimmungsrecht des Abgebildeten enorm beeinträchtigt wird, da dieser sich nicht sicher sein kann, wie sein Bildnis dargestellt wird.

Gemäß § 22 Satz 1 KUG dürfen Bildnisse nur mit Erlaubnis des Abgebildeten verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden.⁵⁶ Allerdings muss das Bildnis nicht ausschließlich ein Portrait sein. Eine Identifikation durch bestimmte Gesichtszüge, typische Einzelheiten oder Merkmale der äußeren Erscheinung einer Person reichen hierbei aus. Die gesetzliche Bestimmung umfasst jede „statische (z.B. Gemälde, Fotografie, Plastik, Puppe) oder bewegliche (z.B. Film) äußere Darstellung des Erscheinungsbildes“.

⁵⁴ Helle 1991, 241

⁵⁵ Götting/Schertz/Seitz 2008, 138 und 209

⁵⁶ Gronau 2002, 24 f

Das Selbstbestimmungsrecht des Abgebildeten bezüglich der Verbreitung und öffentlichen Zurschaustellung eines Bildnisses ist das Schutzobjekt dieses Persönlichkeitsrechts.⁵⁷ Denn eine Bildveröffentlichung im Gegensatz zu einer Wortveröffentlichung bedeutet nach Schricker und Gerstenberg „einen ungleich stärkeren Eingriff in die persönliche Sphäre, wenn jemand das Erscheinungsbild einer Person in einer Lichtbildaufnahme oder im Film fixiert, es sich so verfügbar macht und der Allgemeinheit vorführt; das KUG trägt dieser besonderen Gefährdung Rechnung“. Mithin lässt sich sagen, dass das Recht am eigenen Bild das Anonymitätsinteresse des Abgebildeten schützt.

Sollte ein Bild ohne Einwilligung des Dargestellten verbreitet werden, greift dieses Persönlichkeitsrecht.⁵⁸ Eine Einwilligung ist an keine bestimmte Form gebunden und das Bildnis darf nur für den Zweck, für den es bewilligt wurde, veröffentlicht werden. Sie gilt als erteilt, wenn der Abgebildete eine Entlohnung für die Abbildung erhält. Selbst nach dessen Tod – bis zum Ablauf von zehn Jahren – wird die Einwilligung der Verwandten benötigt.

3.2.3 Persönliche Ehre

Ein weiteres zu schützendes Gut stellt der Bereich der persönlichen Ehre dar.

Unter persönlicher Ehre versteht man laut Burkhardt „die innere oder wahre Ehre (...), ferner die äußere Ehre, der gute Ruf“.⁵⁹ Sie ist ein allgemeines Persönlichkeitsrecht und wird durch Art. 1 GG geschützt. Die persönliche Ehre wird durch beleidigende Äußerungen, Schmähkritik und sonstige Rufbeeinträchtigungen verletzt. Allerdings wird durch die Äußerungs- und Pressefreiheit der Schutz verfassungsrechtlich eingeschränkt.

⁵⁷ Helle 1991, 47 f

⁵⁸ Ennens 2009, 10

⁵⁹ Wenzel 2003, 180 ff

Zudem ist die persönliche Ehre abhängig vom Vorverhalten des Betroffenen.⁶⁰ So muss eine Person, die sich in der Vergangenheit der Öffentlichkeit zugewandt und der Medien bedient hat, härtere öffentliche Kritik hinnehmen als eine nicht in den Medien in Erscheinung getretene Privatperson. Daher ist scharfe, sogar geschmacklose Kritik am Privatleben des Betroffenen erlaubt, wenn er seine Privatsphäre vorher der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Folglich sind entsprechende Verlautbarungen nun der Ausgangspunkt für die Meinungsäußerung über das Privatleben des Betroffenen.

Außerdem sind der politische, wirtschaftliche und unternehmerische Bereich sowie die sonstige Sozialsphäre von besonderer Bedeutung.⁶¹ Denn im politischen und wirtschaftlichen Umfeld ist der Schutz erheblich herabgesetzt, da sich sowohl Politiker als auch Vorstände von Konzernen – um ihre Leistungen zu präsentieren und von der öffentlichen Aufmerksamkeit zu profitieren – ins Rampenlicht der Öffentlichkeit begeben. Aus diesem Grund müssen sie sich dann auch scharfer, überspitzter Kritik an Verhalten, Produkten und Äußerungen stellen. Lediglich Beschimpfungen ohne sachlichen Anknüpfungsgrund sind rechtswidrig und der Ehrschutz tritt in Kraft.

3.2.4 Sphärentheorie

Ein weiterer Schutzbereich des Zivilrechts sind die verschiedenen Sphären. Sie unterteilen sich, begründet durch das BVerfG, in drei Lebensbereiche, und zwar die Intim-, Privat- und Sozialsphäre. Der Mensch soll davor bewahrt werden,

⁶⁰ Götting/Schertz/Seitz 2008, 382 f

⁶¹ Götting/Schertz/Seitz 2008, 387 ff

dass die Öffentlichkeit zu sehr in sein Privatleben eindringt. So verdient der Intimbereich den stärksten Schutz vor Indiskretion.

Die Sphärentheorie ist später in das öffentliche Recht mit aufgenommen worden.⁶² So kann bei einem Eingriff in das Recht am eigenen Bild näher untersucht werden, welche Sphäre davon betroffen ist. Allerdings handelt es sich dabei nicht um streng voneinander abgetrennte Gebiete, sondern lediglich um graduelle Abstufungen. Sie bilden also eine stufenlose Skala zwischen öffentlichkeitsbezogenen Tatsachen und dem intimen Lebensverhalten. Mit dieser Sphäreneinteilung wird jedem Bürger ein unantastbarer, privater Bereich zur Lebensgestaltung eingeräumt.

Den unantastbaren Kernbereich des ideellen Persönlichkeitsrechts umfasst die Intimsphäre, die jeder Mensch für sich beanspruchen kann.

Sie schützt Lebensvorgänge, die zur Wahrung und Entwicklung der Individualität vor den Einblicken der Öffentlichkeit isoliert werden müssen.⁶³ Vor allem die innere Gedanken- und Gefühlswelt und der Sexualbereich gehören dazu.

Angesichts der Stärke des Schutzes sind dieser Sphäre z.B. Nacktaufnahmen, Vorgänge aus dem Sexualleben, gesundheitliche Zustände wie die HIV-Infektion und Ergebnisse medizinischer Untersuchungen zuzurechnen.⁶⁴ Unternehmen haben keine Intimsphäre, doch intime Gespräche am Arbeitsplatz sind ebenfalls mit inbegriffen. So wäre die in den US-Medien vorgenommene detaillierte Berichterstattung über die intime Beziehung zwischen US-Präsident Clinton und seiner Mitarbeiterin Lewinsky in Deutschland unzulässig gewesen. Jeder kann sich auf den Schutz seiner

⁶² Enns 2009, 12 f

⁶³ Alexy 2009, 45

⁶⁴ Wenzel 2003, 160 f

Intimsphäre berufen, solange er nicht auf diesen Schutz durch entsprechendes Verhalten (z.B. Onlinestellen eigener Nacktaufnahmen) wirksam verzichtet hat.⁶⁵ Das BVerfG urteilte, dass Tagebuchaufzeichnungen verwertbar sind, da diese schriftlich vorliegen und damit vor der Gefahr des Zugriffs durch Dritte nicht gefeit sind, weshalb sie nicht zum absolut geschützten Bereich zählen.

Verallgemeinernd lässt sich zur Intimsphäre sagen, dass es der Bereich ist, der dem Grundrechtsschutz der Menschenwürde sehr nahe kommt.⁶⁶ Sie ist sogar in bestimmten Fällen im GG, siehe dort beispielsweise Art. 1 Abs. 1, mit erwähnt.

Die Privatsphäre ist der über die Intimsphäre hinausgehende Bereich des Privatlebens, zu dem andere Menschen nur dann Zugang haben, wenn und soweit ihnen der Betroffene Einblicke gewährt.⁶⁷ Dies ist vor allem der häusliche und familiäre Bereich. Durch Bild- und Wortberichterstattung kann in diesen Bereich eingedrungen werden. Ihren Ursprung findet die Privatsphäre in Art. 2 Abs. 1 GG.

Wenn bekannte Persönlichkeiten, wie Politiker, Sportler oder Künstler, aus ihrem privaten Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit kommerziellen Nutzen ziehen, muss dieser Personenkreis sich damit abfinden, dass der Öffentlichkeit nicht nur positive Nachrichten zur Kenntnis gelangen, sondern gleichfalls Negativmeldungen verbreitet und kommentiert werden.⁶⁸ Dies geschieht zu Recht mit Blick auf die Öffentlichkeits- und Pressefreiheit, für die Art. 5 GG einschlägig ist. Zieht der Prominente sich jedoch aus der Öffentlichkeit zurück und vermeidet öffentliche Selbstdarstellungen, hat er Anspruch darauf, dass die Allgemeinheit diese Verhaltensänderung beachtet und respektiert. Derselbe

⁶⁵ Götting/Schertz/Seitz 2008, 595

⁶⁶ Alexy 2009, 45

⁶⁷ Alexy 2009, 46

⁶⁸ Götting/Schertz/Seitz 2008, 595 f

Schutz vor einer Berichterstattung kommt auch für Straftäter, die ihre Strafe verbüßt haben oder begnadigt worden sind, zum Tragen, da ansonsten laut BVerfG ihre Resozialisierung gefährdet würde. Es gilt also unter Beachtung der vorstehend genannten Grundsätze eine Güter- und Interessenabwägung vorzunehmen.

Räumlich gesehen erstreckt sich der Schutz der Privatsphäre auf das Innere des Hauses bzw. der Wohnung und des Grundstücksbereichs.⁶⁹ Doch auch außerhalb dieser Zone gilt nach entsprechenden Entscheidungen des BVerfG ein Rückzugsbereich, sobald die Person sich in eine örtliche Abgeschiedenheit zurückgezogen hat, es objektiv erkennbar ist, dass sie für sich sein will und ein typisch privater Charakter der Situation anhaftet. Allerdings ist einschränkend anzumerken, dass es dazu bei Personen der Zeitgeschichte spezielle Ausnahmen gibt.

Die Sozialsphäre, die häufig auch als Öffentlichkeitsphäre bezeichnet wird, ist der dritte Bereich. Sie umfasst den Einzelnen in seiner Beziehung zur Außenwelt und dessen öffentliches Wirken⁷⁰. Damit ist der Mensch auf der Straße, bei Veranstaltungen oder in seinem Berufsleben gemeint. Zu den geschützten Personen gehören aber auch Bekannte, Freunde, Kollegen und Nachbarn.

Da dies der dritte und zugleich letzte Schutzbereich für den Menschen ist, sind Eingriffe weit weniger schlimm und infolgedessen nur eingeschränkt schützenswert.⁷¹ So muss beispielsweise ein Journalist es hinnehmen, dass sein Bild im Rahmen der Berichterstattung über einen Prominenten abgedruckt wird, das ihn zeigt, wie er von dieser Person geohrfeigt wird. Ein weiteres Beispiel ist Prinz Ernst August von Hannover, der im Jahr 2004 mit deutlich

⁶⁹ Ennens 2009, 16 ff

⁷⁰ Alexy 2009, 46

⁷¹ Wenzel 2003, 172

überhöhter Geschwindigkeit Auto fahrend geblitzt wurde und es anschließend hinnehmen musste, dass darüber die Medien berichteten.⁷² Weil die Berichterstattung über das besagte Vergehen der Wahrheit entsprach, der Vorfall aber lediglich in seine Sozialsphäre fiel, konnte er die Medienmeldung nicht verhindern. Sie war mit dem Vorrang des öffentlichen Interesses leicht zu rechtfertigen und zu begründen.

⁷² Ennens 2009, 19

Kapitel 4 Verbreitungswege des satirischen Bildmaterials

Die Verbreitungswege satirischen Bildmaterials erstrecken sich auf drei große Mediengebiete, nämlich Printmedien, Fernsehen und Internet. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass diese Bereiche nicht klar voneinander getrennt werden können, da fast alle Zeitungen auch im Internet vertreten sind und dort entsprechendes Material verbreiten. Zudem wird über bestimmte Ereignisse im Fernsehen und anschließend in diversen Zeitungen berichtet. Zum Beispiel im Fall Lisa Loch, die erst in der Fernsehsendung „TV total“ verspottet wurde (siehe Punkt 5.2.3) und später in der BILD-Zeitung Gegenstand ausführlicher Erörterung war. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass eine strikte Trennung der einzelnen Verbreitungswege nicht möglich ist. Wenn nun satirisches Bildmaterial über einen dieser Wege verbreitet wird, muss eine Güter- und Interessenabwägung stattfinden. Das bedeutet, der Aussagekern und die äußere Form der Karikatur müssen getrennt voneinander betrachtet und analysiert werden, denn nur dann kann eine sachgerechte Güter- und Interessenabwägung vorgenommen werden.

4.1 *Verschiedene Medien*

Wie oben bereits erwähnt gibt es drei große Absatzwege, bestehend aus den Printmedien, dem Internet und dem Fernsehen, die aber alle miteinander in Verbindung stehen.

Unter den Begriff Printmedien fallen alle klassischen gedruckten Informationsquellen. Für die satirische Bildbearbeitung sind vor allem Zeitungen und Zeitschriften relevant, weshalb näher auf diese beiden Bereiche eingegangen wird. Zu den Zeitungen ist zu sagen, dass sie sich in mehrere inhaltliche Rubriken untergliedern, wie beispielsweise Politik, Wirtschaft, Sport und Immobilien. Vor allem in der Rubrik Politik wird mit satirischen Bildern oder Karikaturen gearbeitet, um an gesellschaftspolitischen Ereignissen Kritik zu üben. Ferner sind die einzelnen Zeitungen nach ihrem Verbreitungsgebiet in lokale, regionale oder überregionale unterteilt und können wiederum als Tages-, Wochen-, Monats- oder Sonntagszeitung erscheinen. Insgesamt haben die Zeitungsverlage laut dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger im zweiten Quartal 2010 rund 24,8 Millionen Zeitungen pro Erscheinungstag von 395 Zeitungen, die auf dem Markt sind, verkauft⁷³. Aus diesen Zahlen lässt sich unschwer entnehmen, dass Zeitungen eine große Reichweite haben und dass ein satirischer Bildbeitrag in diesem Medium von vielen Menschen gesehen wird. Zum Begriff Zeitschriften ist zu sagen, dass sie in regelmäßigen Abständen in gebundener, geschriebener Form erscheinen. Dabei wird u.a. zwischen Publikums-, Fach-, Kunden- und Mitarbeiterzeitschriften unterschieden. Die Periodika ihrer Erscheinung unterteilen sich in Wochen-, Monats-, Quartals- oder Jahresschrift. Laut der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. wurden in Deutschland im zweiten Quartal 2010 rund 125 Millionen Zeitschriften verkauft⁷⁴. Zeitschriften wie „InStyle“, „Jolie“ oder „Joy“ zeigen in vielen Ausgaben Fotos von Stars vor und nach der Bearbeitung mit Photoshop. Gelegentlich werden auch Dinge auf Fotos hinzugefügt oder weggeschnitten, wodurch teilweise ein ganz anderer Sachverhalt dargestellt wird. Insbesondere die Satirezeitschriften „Eulenspiegel“ und „Titanic“ sind für die satirische Bildbearbeitung und Karikatur von großer Bedeutung. So ist das Magazin „Eulenspiegel“ die größte Satirezeitschrift in Deutschland mit einer monatlichen Druckauflage von knapp 140.000

⁷³ Horwarth 2010, Internet

⁷⁴ Informationsgemeinschaft 2010, Internet

Exemplaren⁷⁵. Wegen ihrer oftmals beleidigenden Karikaturen waren beide Zeitschriftenverlage gezwungen, schon zahlreiche Rechtsstreitigkeiten auszutragen.

Wie oben bereits erwähnt, haben viele Zeitungen und Zeitschriften im Internet eine eigene Homepage, weshalb eine strikte Trennung der Verbreitungswege nicht möglich ist. Auch die Satirezeitschriften „Eulenspiegel“ und „Titanic“ sind im Internet vertreten. Wenn man bei Suchmaschinen, wie google oder yahoo, Begriffe wie Fotomontage oder Karikatur eingibt, erscheinen viele Fotobeispiele. Oftmals werden hier vorher-nachher Bilder (unbearbeitet und überarbeitet) von Prominenten gezeigt oder Fotos, die zu einer Collage zusammengefügt wurden.

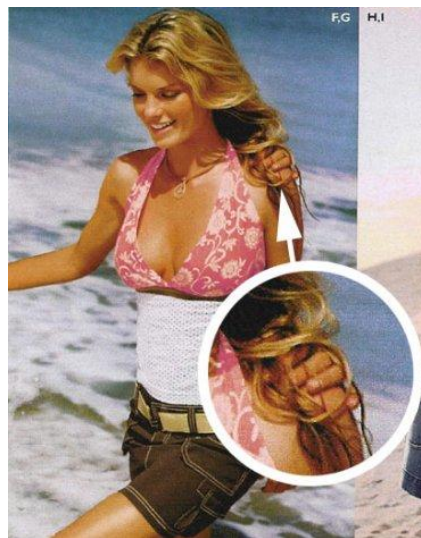


Abb. 2: Jessica Simpson

Der Internetauftritt Knill+Knill Kommunikationsberatung beschäftigt sich mit dermaßen veränderten Fotos, wie man an den beigefügten Fotos sehr gut

⁷⁵ Roth 2008, Internet

erkennen kann⁷⁶. So wurde auf dem obenstehenden Bild Jessica Simpsons Begleiter einfach wegetuschiert, nur die vergessene Hand auf ihrer Schulter erinnert noch daran. Die beiden nachfolgenden Fotos zeigen, wie aufgrund einer Veränderung des Bildausschnitts eine völlig andere Aussage zustande kommt.



Abb. 3: Jürgen Trittin

Das Original (links) stammt aus dem Jahr 1994, als Trittin Teilnehmer einer an sich friedlichen Demo-Veranstaltung in Göttingen war, die damals lediglich von Chaoten gestört und für ihre Zwecke missbraucht wurde.⁷⁷ Die Fälschung (rechts), mit einer ganz anderen „härteren“ Aussage, die offenkundig so auch gewollt war, wurde im Jahr 2001 in der Bild-Zeitung veröffentlicht. Hier ist Trittin sowohl bildlich als auch vor allem textlich in die Nähe der verummten Randalierer gerückt worden, als ob er – der Minister – zu ihnen gehören würde.

⁷⁶ Knill/Knill 1998-2009, Internet

⁷⁷ Vgl. ebd.

Selbst im Fernsehen wird manchmal satirisches Bildmaterial verwendet. Der Fall Lisa-Loch, der in Punkt 5.2.3 behandelt wird, entstand durch die Fernsehsendung „TV total“. Manche Sendungen, wie beispielsweise „taff“ auf ProSieben, zeigen Bildmanipulationen von Stars, wie die allseits bekannten vorher-nachher Bilder. Mit diesen Fotos ist beabsichtigt, die Zuschauer darauf aufmerksam zu machen, dass selbst Stars nur Menschen sind und ebenfalls Makel haben wie jeder Durchschnittsbürger. Alle großen Sender sind zugleich auch im Internet vertreten.

4.2 Trennung von Aussagekern und satirischer Einkleidung

Es ist eindeutig in der Literatur und Rechtsprechung belegt, dass eine Güter- und Interessenabwägung im Einzelfall stattfinden muss, jedoch gestaltet sich ihre Handhabung oftmals sehr schwierig.⁷⁸ Aus einer maßgeblichen BGH-Entscheidung können dazu folgende aussagekräftige Sätze entnommen werden: „Den heute noch gültigen Weg, die Sonderstellung von Satire und Karikatur methodisch zu erfassen, hat bereits das Reichsgericht gewiesen (RGSt 62, 183 ff). Da es dieser Kunstgattung wesenseigen ist, mit Übertreibungen, Verzerrungen und Verfremdungen zu arbeiten, erfordert ihre rechtliche Beurteilung die Entkleidung des in ‚Wort und Bild gewählten satirischen Gewandes‘ (RGSt. a.a.O.), um ihren eigentlichen Inhalt zu ermitteln. Dieser Aussagekern und seine Einkleidung sind sodann gesondert daraufhin zu überprüfen, ob sie eine Kundgabe der Missachtung gegenüber der karikierten Person enthalten. Dabei muss beachtet werden, dass die Maßstäbe für die Beurteilung der Einkleidung anders und im Regelfall weniger streng sind, als die

⁷⁸ Tschentscher/Strößner 2009, Internet

für die Bewertung des Aussagekerns; denn ihr ist die Verfremdung wesenseigen.“.

So besteht eine Karikatur neben ihrer äußeren Darstellung auch aus einer Aussage, die oftmals einen gewissen Interpretationsspielraum zulässt.⁷⁹ Daher haben diese beiden Teile eine unterschiedliche Gewichtung. Sie müssen zwingend mit den Schutzbereichen aus dem jeweiligen Grundrecht verglichen und bewertet werden. Dabei sind allerdings die diversen Rechte unterschiedlich zu gewichten. Um zu erkennen, was die eigentliche Kernaussage einer Karikatur ist, muss das satirische Gewand „entkleidet“ werden. Im Folgenden wird daher zwischen Aussagekern und der äußeren Form einer Karikatur unterschieden, da dies auch bei einer rechtlichen Prüfung unbedingt erforderlich ist.

4.2.1 Aussagekern einer Karikatur

Häufig bereitet es Schwierigkeiten, den tatsächlich gemeinten Aussagegehalt einer karikativen Zeichnung oder Fotomontage zu ermitteln, da durch diesbezügliche Verzerrungen, Übertreibungen und dergleichen oftmals mehrere Deutungsmöglichkeiten entstehen. Darüber hinaus ist es wichtig abzuwägen, inwieweit die begleitende Berichterstattung Einfluss auf den Aussagekern der Karikatur hat.

Bei der Ermittlung des Aussagekerns einer Karikatur ist der objektive Sinn der Aussage ausschlaggebend. Hierbei sind sowohl die Intention des Zeichners als auch die Empfindungen des Betroffenen irrelevant.⁸⁰ Laut Ennens wird in

⁷⁹ Heberer/Lauinger 2009, Internet

⁸⁰ Ennens 2009, 78

der Rechtsprechung von einem „verständigen und unvoreingenommenen Betrachter“, dem „unbefangenen und unverbildeten Leser“ oder einem „verständigen Durchschnittsleser“ gesprochen. Dabei muss der Leser und Betrachter über ein gewisses Hintergrundwissen verfügen, um solche Karikaturen interpretieren zu können. Der Zeichner orientiert sich an demjenigen Personenkreis für den die Karikatur bestimmt ist. Denn dies ist vordergründig bei politisch-satirischem Zeichenmaterial ungemein wichtig, damit der Betrachter es in den aktuellen politischen Zusammenhang einordnen kann.

Zumeist wird eine Karikatur von Texten begleitet, wobei es unerheblich ist, ob es sich um Überschriften, Aussagen der karikierten Personen oder einen langen Text handelt.⁸¹ Der Rezipient wird nämlich den Text mit der Zeichnung in Verbindung setzen, um so den Aussagekern zu ermitteln. Außerdem muss der Text auf seinen tatsächlich gemeinten Inhalt hin untersucht werden und immer in der Gesamtbetrachtung von Karikatur und Text bewertet werden. Beispielsweise kann in politisch-satirischen Karikaturen durch einen einfachen plakativen Satz auf die gesellschaftspolitischen Verhältnisse hingewiesen werden.

⁸¹ Ennens 2009, 79



Abb. 4: George W. Bush

Dies lässt sich gut an der obenstehenden Karikatur mit der darin angebrachten Aussage des karikierten ehemaligen US-Präsidenten G. W. Bush erkennen, die vor der Wahl veröffentlicht wurde. Der Zeichner der Karikatur will verdeutlichen, wenn Bush gewählt wird, werden weitere Kriege in der vierjährigen Amtszeit zu erwarten sein.

Des Weiteren ist auch der gesellschaftspolitische Zusammenhang wichtig, da oft eine Karikatur ohne Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext nicht zu verstehen ist bzw. falsch gedeutet werden kann.⁸² Um den Aussagekern einer Karikatur zu ermitteln, muss der Zusammenhang klar sein. Bei politischen Karikaturen spielt oft der zeitliche Bezug eine wichtige Rolle, da Zeichnungen häufig zu aktuellen Themen sowie Situationen Stellung nehmen und ohne diesen Bezug nicht verstanden werden können. Wie die obige Karikatur verdeutlicht, hat es sich dabei um ein aktuelles Thema gehandelt, da diese Karikatur im Jahr 2004 vor der Wahl des künftigen US-Präsidenten erschienen ist. Der verständige und unvoreingenommene Betrachter muss durch sein vorhandenes Hintergrundwissen in der Lage sein, einen gesellschaftlichen

⁸² Ennens 2009, 80

Bezug herzustellen, um solche Karikaturen richtig interpretieren zu können. Denn wenn der Betrachter Bush in dieser Karikatur nicht erkennt oder nicht weiß warum genau vier Jahre, führt dieser Umstand dann zwangsläufig zur Fehlinterpretation und der eigentliche Aussagekern der Zeichnung geht für den Betrachter verloren.

4.2.2 Äußere Form einer Karikatur

Das BVerfG hat entschieden, dass Aussagekern und äußere Form einer Karikatur unabhängig voneinander zu betrachten und zu bewerten sind. Letztere ist deswegen noch genauer zu interpretieren.

Die formale Darstellung einer Karikatur ist dahingehend zu untersuchen, ob sie eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Betroffenen enthält.⁸³ Ennens zitiert zu dieser Problematik ein Urteil des OLG München: „Die groteske Übersteigerung oder Verzerrung, die von dem verständigen und unvoreingenommenen Betrachter einer Karikatur ohne weiteres als komische Einkleidung eines ernsthaften Aussagekerns erkannt wird, ist ein Wesensmerkmal der Karikatur und Satire und als solche nicht [zwangsläufig] beleidigend. (...) Die Darstellung einer Person ist nicht schon deshalb ehrverletzend, weil sie komisch wirkt, sondern nur dann, wenn sie Missachtung ausdrückt.“

Die äußere Form einer Karikatur ist nicht zu unterschätzen, da sie als Blickfang fungiert, den Leser zum Nachdenken anregen soll und eine erhebliche Langzeitwirkung genießt. Oftmals ist es so, dass der Abgebildete sich eher durch die Verzerrung und Übertreibung als durch den Aussagekern

⁸³ Ennens 2009, 81

selbst beleidigt fühlt, da diese ihn unvoreilhaft darstellt. Häufig werden solche Darstellungen als peinlich empfunden. Daher gilt es für die Gerichte konkret und sachbezogen zu ermitteln, wann wirklich eine Ehrverletzung vorliegt, denn das bloße „Beleidigtfühlen“ des Abgebildeten ist hierfür nicht ausreichend.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der Aussagekern weit wichtiger ist und aus diesem Grund auch strenger bewertet werden muss, als die satirische Einkleidung.⁸⁴ Die Strauß-Karikaturen, die zu einem späteren Zeitpunkt erläutert werden (Punkt 5.2.1), sind ein Beispiel dafür, dass das Persönlichkeitsrecht des Abgebildeten durch die äußere Form der Karikaturen verletzt wurde.

⁸⁴ Ennens 2009, 81 f

Kapitel 5 Rechtsgutverletzungen und daraus resultierende Ansprüche

Kaum ein Rechtsgebiet ist so stark durch die Rechtsprechung ausgestaltet worden wie das Medienrecht. Die in den späteren Ausführungen dargestellten Fälle und Originalentscheidungen sollen den theoretischen Rahmen näher erläutern. Mit den zitierten Einzelfallentscheidungen kann allerdings lediglich ein gewisser Überblick dahingehend verschafft werden, welche große Rolle die satirische Bildbearbeitung und das allgemeine Persönlichkeitsrecht in der bisherigen Rechtsprechung spielen. Die anschließend wiedergegebenen Entscheidungen machen deutlich, zu welchen Fragen des Medienrechts in der Praxis besonderer Klärungsbedarf bestand und zum Teil immer noch besteht. Bedingt durch den technischen Fortschritt entstehen laufend neue Möglichkeiten und Wege um Bilder zu bearbeiten, sodass Rechtsprechung und Gesetzeslage gleichfalls gezwungen sind sich der fortschreitenden Entwicklung zu stellen und mögliche Auswüchse zu verhindern.

5.1 *Ansprüche nach Rechtsgutverletzungen*

Sollte durch die satirische Bildbearbeitung eine Rechtsgutverletzung vorliegen, kann der Abgebildete verschiedene Forderungen geltend machen:

- Anspruch auf Unterlassung
- Anspruch auf Beseitigung
- Anspruch auf materiellen Schadensersatz
- Anspruch auf Ersatz des erlittenen immateriellen Schadens
- Anspruch auf Gegendarstellung oder Vernichtung und Herausgabe
- bereicherungsrechtlicher Anspruch

Der Unterlassungsanspruch greift sowohl bei unwahren Tatsachenbehauptungen als auch bei falschen und irreführenden Werturteilen.⁸⁵ Voraussetzung ist hier eine drohende rechtswidrige Verletzung des Rechts am eigenen Bild, weil dadurch künftige Rechtsverletzungen verhindert werden sollen. Mit dem Unterlassungsanspruch wird das Recht am eigenen Bild vor Beeinträchtigungen geschützt.

Ferner kann der Beseitigungsanspruch in Frage kommen, um das Recht am eigenen Bild zu schützen.⁸⁶ Dabei spielt es keine Rolle, ob die Beseitigung im Entfernen oder im Überkleben von Plakaten liegt. Auch durch Widerruf oder Richtigstellung kann ein Beseitigungsanspruch bei Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts erfolgen. Voraussetzung ist erneut ein rechtswidriger Eingriff in das Recht am eigenen Bild.

Sollte ein materieller Schaden durch schuldhaftes, rechtswidriges Verletzen des Rechts am eigenen Bild entstanden sein, z.B. durch die Verbreitung eines Nacktfotos das negative Konsequenzen nach sich zog, kann ein Schadensersatzanspruch in Betracht kommen.⁸⁷ Ein materieller Schadensersatzanspruch kommt vor allem bei der unerlaubten Verwendung von Fotos zu Werbezwecken in Frage. Hier gilt, dass dem Betroffenen eine Lizenzgebühr unabhängig von der Vermarktungsbereitschaft zugebilligt wird oder der erzielte Gewinn des Schädigenden verlangt werden kann.

Beim Anspruch auf Ersatz des erlittenen immateriellen Schadens steht der Gedanke der Genugtuung des Opfers im Vordergrund.⁸⁸ Für die immateriellen Schäden bei einer Persönlichkeitsrechtsverletzung wird eine entsprechende Geldentschädigung zugebilligt. Voraussetzungen sind eine schwerwiegende

⁸⁵ Kadner 2004, 209

⁸⁶ Kadner 2004, 210

⁸⁷ Kadner 2004, 214 ff

⁸⁸ Kadner 2004, 216 ff

schuldhafte Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und dass der immaterielle Schaden nicht durch Widerruf oder Richtigstellung ausgeglichen werden kann. Für den Grad und die Schwere der Verletzung sind u.a. die Bedeutung und Tragweite des Eingriffs und Anlass bzw. Beweggrund der Tat verantwortlich. Folglich muss die Höhe einer möglichen Geldentschädigung in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft und festgesetzt werden.

In allen Landesmedien- und Pressegesetzen ist der Anspruch auf Gegendarstellung geregelt.⁸⁹ Voraussetzung hierfür ist die Verbreitung einer Tatsachenbehauptung, unabhängig vom Wahrheitsgehalt. Wenn ein Bildnis unzulässig verbreitet wurde, entstehen Ansprüche auf Vernichtung oder Herausgabe des Bildnisses.

Ein rechtswidriger Eingriff in das Recht am eigenen Bild kann durch den bereicherungsrechtlichen Anspruch finanziell ausgeglichen werden.⁹⁰ Dies gilt bei der unerlaubten Verwendung eines Bildes zu werblichen Zwecken, wenn der Betroffene den Eingriff nicht mal gegen Entgelt gebilligt hätte. Zweck ist es den grundlosen Vermögenszuwachs beim Rechtsverletzer auszugleichen.

5.2 *Rechtsprechung medial bedeutsamer Fälle*

Wie oben bereits erwähnt, sind nicht nur Karikaturen Gegenstand gerichtlicher Untersuchungen. Aufgrund des technischen Fortschritts treten vermehrt Fotomontagen in den Vordergrund, bei denen der falsche Eindruck erweckt wird, dass es sich um ein Original handelt. Den Möglichkeiten des Missbrauchs müssen daher Grenzen gesetzt werden.

⁸⁹ Kadner 2004, 223 ff

⁹⁰ Kadner 2004, 211 f

In den nachfolgenden Fällen wird geschildert, wie unterschiedlich die jeweilige rechtliche Würdigung in den einzelnen Gerichtsinstanzen ausfiel. Es lässt sich unschwer erkennen, dass oftmals die Gesetze Auslegungssache sind und daher auch unterschiedlich bewertet werden können. Denn durch die vorzunehmende Güter- und Interessenabwägung findet faktisch ein Vergleich statt. Interessant hierbei ist, inwieweit das Persönlichkeitsrecht der satirischen Bildbearbeitung Grenzen setzen kann und in welchem Umfang sich Fotomontagen noch im rechtlich zulässigen Rahmen bewegen.

5.2.1 Strauß-Karikaturen

Das dazu ergangene Urteil des BVerfG aus dem Jahr 1987 handelt von den Grenzen der Kunstfreiheit bei Karikaturen.⁹¹ Der Beschwerdeführer, der Zeichner Rainer Hachfeld, hatte mehrere Karikaturen angefertigt, die den damaligen bayerischen Ministerpräsident Franz Josef Strauß zeigten, der als Schwein in verschiedener Gestalt dargestellt wurde. Der Beschwerdeführer wollte sich bei seinen Darstellungen auf das Recht auf Kunstfreiheit berufen, doch das BVerfG wies die erhobene Verfassungsbeschwerde gegen die strafgerichtliche Verurteilung zurück.

Bei den besagten Karikaturen des Zeichners Rainer Hachfeld stand vor allem die äußere Form im Blickpunkt des Rechtsstreits.⁹² In diversen Ausgaben der politischen Monatszeitschrift „Konkret“ veröffentlichte er seine „Schweinchen-Karikaturen“. Die erste Karikatur zeigt Strauß als Schwein, das mit einem anderen Schwein, das eine richterliche Robe trägt, kopuliert. Über dem Bild stand der Text: „Satire darf alles. Rainer Hachfeld auch?“. Eine

⁹¹ Fechner 2007, 385

⁹² Tschentscher/Strößner 2009, Internet

weitere Karikatur zeigt diese Schweinchen - paarweise aber auch einzeln - bei unterschiedlicher sexueller Betätigung. Hier lautete der Begleittext zur Zeichnung: „Welches ist nun die endgültig richtige Zeichnung, Herr Staatsanwalt?“. Die dritte Karikatur stellt vier Schweine in einer Reihe dar, die miteinander kopulieren. Dabei haben zwei dieser Tiere erneut ein richterliches Gewand an und die andern beiden Schweinsgestalten haben die Gesichtszüge des Ex-Ministerpräsidenten Strauß. Der Karikatur war ein Brief von Hachfeld an die Redaktion vorangestellt, in dem er sich darüber beklagte, dass er ständig neue Schweinchen-Bilder zeichnen müsse, da der bayerische Ministerpräsident keine Ruhe gebe.

Hachfeld wurde vom Amtsgericht Hamburg wegen Beleidigung in drei Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe von einhundert Tagessätzen verurteilt.⁹³ Das LG Hamburg hob das Urteil nach Hachfelds Berufung auf und sprach ihn frei. Das Berufungsgericht war der Rechtsauffassung, dass der Aussagekern sowohl der ersten als auch der dritten Zeichnung eine Justiz zeige, die Strauß lediglich zur Verfügung stehe und er sich ihrer bediene. Dies wäre nicht strafwürdig, da jeder die Hilfe der Justiz in Anspruch nehmen könne. Die zweite Zeichnung wertete das Gericht als bloße Geschmacklosigkeit, die aber nicht strafbar sei. Die daraufhin eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft zum OLG Hamburg führte zur Aufhebung des Urteils und Hachfeld wurde schuldig gesprochen.⁹⁴ Das OLG sah in den Zeichnungen eine Ehrverletzung von Strauß, da sowohl der Aussagekern als auch die karikative Einkleidung beleidigend seien. So werde Strauß in der ersten Zeichnung bewusst durch den Vergleich mit einem kopulierenden Schwein lächerlich gemacht und zugleich die Justiz verunglimpft. Die Untertitel der Zeichnungen würden diesen Aussagegehalt sogar noch bekräftigen und verstärken, so das OLG. Zudem verdeutliche die zweite Zeichnung die Anstößigkeit und beziehe sich wieder auf die erste. Bei der dritten Karikatur werde nicht nur Strauß, sondern auch die Justiz beleidigt, da

⁹³ Ennens 2009, 87

⁹⁴ Tschentscher/Strößner 2009, Internet

beiden der Vorhalt gemacht werde sich „schweinemäßig“ zu benehmen. Die Zeichnungen wurden als vorsätzlicher Ehrangriff gewertet und lagen deshalb nicht mehr im Rahmen des Rechts auf Kunstfreiheit.⁹⁵

Gegen das Urteil des OLG legte Hachfeld Verfassungsbeschwerde ein und rügte die Verletzung seiner Grundrechte aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 und Art. 103 Abs. 1 GG.⁹⁶ Das BVerfG wies die erhobene Verfassungsbeschwerde zurück, da die Entscheidung der Revisionsinstanz einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhielt. Hachfeld kam mit seiner begehrten Grundrechtsverletzung nicht durch, weil die Persönlichkeitsrechte von Strauß bei der vorzunehmenden Interessen- und Güterabwägung höher zu bewerten waren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die karikative Darstellung von Franz Josef Strauß durch alle Gerichtsinstanzen einen großen Interpretationsspielraum aufgezeigt hat. Es steht aber fest, dass dem Freiraum der Karikatur durch die Würde des Menschen Grenzen auferlegt werden und immer eine entsprechende Güter- und Interessenabwägung stattfinden muss. Das öffentliche Interesse an einer Berichterstattung ist geringwertiger als der Persönlichkeitsschutz des Einzelnen.

5.2.2 Deutsche Telekom AG: Ron Sommer

Mit der nachfolgenden Fotomontage zur Deutschen Telekom AG haben sich nicht nur die erstinstanzlichen Gerichte, sondern auch der BGH und das BVerfG beschäftigt.

⁹⁵ Vgl. zur Bewertung der Gerichtsentscheidung Simon Gesa 1995, S.46

⁹⁶ Tschentscher/Strößner 2009, Internet



Abb. 5: Deutsche Telekom - Ron Sommer

Im Jahr 2000 hat die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ (Nummer 38/2000) eine Fotomontage als Begleitung zum Artikel über die gegenwärtige Situation der Telekom veröffentlicht.⁹⁷ Dabei wurde der damalige Vorstandsvorsitzende, Ron Sommer, mit abgebildet. Er saß auf einem rissigen, bröckelnden, magentafarbenen „T“, das dem Firmenemblem der Telekom entspricht, und blickte lächelnd und unbeschwert nach oben. Sommers Kopf ist dabei auf den Oberkörper eines anderen Mannes gesetzt worden, wobei die Abbildung des Kopfes technisch bearbeitet wurde, um ihn besser an den Körper anzupassen. Zu diesem Zweck wurde der Kopf um etwa fünf Prozent gestreckt, wirkte dadurch länger, fleischiger, fülliger, blasser, also insgesamt unvorteilhafter, als in Wirklichkeit. Da Ron Sommer dies nicht einfach so hinnehmen wollte, reichte er Klage auf Unterlassung der Verbreitung ein. LG und OLG gaben der Unterlassungsklage statt, da sie in dieser bildlichen Veränderung einen ungerechtfertigten Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht sahen. Wegen der „unterschwelligten Manipulation“ des Kopfes von Ron Sommer war nach Auffassung der Gerichte dessen Persönlichkeitsrecht verletzt worden. Diese Rechtsverletzung wurde schwerwiegender eingestuft als das Recht auf

⁹⁷ BVerfG, 1 BvR 240/04 vom 14.02.2005, Absatz-Nr. (1 - 32)

Kunstfreiheit⁹⁸. Da die nachteilige Veränderung keine eigene satirische Aussage beinhaltete, war es eine unzutreffende Tatsachenbehauptung über das Aussehen des Klägers. Zudem hätte aus technischer Sicht das Bild vom Kopf des Klägers auch in den richtigen Proportionen eingefügt werden können, ohne dass die satirische Aussage verloren gegangen wäre. Bei der Interessenabwägung überwog die Persönlichkeitsrechtsverletzung⁹⁹ des Klägers das Recht auf Kunstfreiheit der Beklagten.

In den beiden Vorinstanzen hatte die Klage zwar Erfolg, die Revision der Beklagten führte jedoch schließlich zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Klageabweisung.¹⁰⁰ Die Entscheidung der Vorinstanzen hielt einer revisionsrechtlichen Überprüfung durch den BGH nicht stand. Das Revisionsgericht begründet seine Rechtsansicht damit, dass der Kläger die Abbildung seiner Person als eine Meinungsäußerung in satirischer Form gemäß Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG hinnehmen müsse. Der BGH rechtfertigt seine Entscheidung folgendermaßen:

- a) Er lässt dahingestellt, ob es sich bei der Fotomontage um Kunst handelt, wie es das OLG unterstellte.¹⁰¹ Mithin fällt die Veröffentlichung einer satirischen Darstellung nicht unbedingt in den Schutzbereich des Art. 5 Abs. 2 GG, da eine Satire nicht immer auch Kunst bedeutet. Die beanstandete Montage ist unter dem Begriff Meinungsfreiheit zu subsumieren, was sich aus der Eigenheit der Satire ergibt, die mit Verfremdungen, Übertreibungen und Verzerrungen arbeitet. Das Berufungsgericht hatte eine solche Zuordnung verkannt.

⁹⁸ Schranken der Kunstfreiheit bereits in Kapitel 3.1.3 dieser Arbeit untersucht

⁹⁹ Möglichkeiten der Persönlichkeitsrechtsverletzung (Recht am eigenen Bild, persönliche Ehre) bereits in Kapitel 3.2 dieser Arbeit erläutert

¹⁰⁰ BGH, VI ZR 89/02, vom 30.09.2003

¹⁰¹ Vgl. ebd.

- b) Die Meinungsfreiheit wird laut BGH nicht grenzenlos gewährleistet, sondern findet ihre Beschränkung im allgemeinen Persönlichkeitsrecht, in Art. 5 Abs. 2 GG sowie in den §§ 22 und 23 KUG, die ebenfalls in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen sind.¹⁰² Das Recht am eigenen Bild wird durch die Veröffentlichung der Fotomontage verletzt, da das veränderte Abbild des Kopfes des Klägers ein Bildnis im Sinne dieser Vorschrift ist. Der Grad der Verfremdung ist hierbei unerheblich, lediglich die Erkennbarkeit ist ausschlaggebend. Die Einwilligung des Klägers hätte grundsätzlich gegeben werden müssen, doch da es sich bei Ron Sommer um eine relative Person der Zeitgeschichte handelt, ist diese Einwilligung nicht erforderlich. Hinzukommt, dass das Thema der Berichterstattung von öffentlichem Interesse ist, nämlich der Zustand der Deutschen Telekom AG und die Verantwortung des Klägers als damaligen Vorstandsvorsitzenden. „Ein breites öffentliches Interesse wird dadurch hervorgerufen, dass das vom Kläger geleitete Unternehmen aufgrund seiner Größe über einen hohen Bekanntheitsgrad, durch die frühere Monopolstellung über eine hohe Kundendichte und durch die Propagierung der Beteiligung an ihr als ‚Volksaktie‘ über viele Anteilseigner verfügt. Die Verknüpfung des Klägers mit diesem Ereignis der Zeitgeschichte ist durch seine damalige Funktion als Vorstandsvorsitzender offensichtlich.“, so ausdrücklich der BGH. Wenn durch die Verbreitung des Bildnisses das berechtigte Interesse des Abgebildeten verletzt wird, tritt die Ausnahmeregelung zur Einwilligungserfordernis gemäß § 23 Abs. 1 KUG in Kraft. Dabei muss eine Güter- und Interessenabwägung vollzogen werden, um zu entscheiden, ob der Stellenwert des Persönlichkeitsrechts des Abgebildeten höher einzustufen ist als die Rechtsposition der

¹⁰² Vgl. ebd.

Gegenseite, nämlich die Freiheit der satirischen Darstellung als grundrechtliche Meinungsäußerungsfreiheit.

- c) Die Fotomontage fiel nach Auffassung des OLG nicht in den Schutzbereich des Art. 5 GG, da die Veränderung am Foto des Klägers keinen satirischen Gehalt hatte und der Kläger es nicht hinnehmen musste, dass sein Persönlichkeitsrecht in dieser Art und Weise angegriffen wurde.¹⁰³ Der erkennende BGH-Senat folgt dieser rechtlichen Würdigung hingegen nicht. Die im Bildnis zum Ausdruck gebrachte „unterschwellige Manipulation“ der Gesichtszüge verlässt nicht den geschützten Bereich der Satire. Für den Betrachter ist unschwer erkennbar, dass es sich um eine Fotomontage handelt, da man nicht erwarten kann, dass sich der Vorstandsvorsitzende der Telekom, einer relativen Person der Zeitgeschichte, auf einem bröckelnden und rissigen „T“ fotografieren lässt. Auch die durch die Vorinstanzen betriebene Einzelbetrachtung der Bestandteile der Fotomontage ist nicht gestattet, weil der Gesamtzusammenhang gesehen werden muss. Folglich ist die Aufspaltung, um den satirischen Gehalt der Darstellung zu ermitteln, laut BGH fehlerhaft. Auch wenn eine Veränderung des Kopfes nicht zwingend erforderlich gewesen ist, darf der Fotomontage dennoch nicht der Charakter der Satire abgesprochen werden. Des Weiteren werden auch keine von der Rechtsprechung gezogenen Grenzen - wie etwa das Verbot der Beleidigung und Schmähkritik - überschritten. Im Ergebnis hatte das Berufungsgericht also die satirische Einkleidung zu streng beurteilt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der BGH im besagten Fall die Fotomontage für zulässig und rechtmäßig erklärte. Auch wenn ein Betroffener unvorteilhaft dargestellt wird, muss der Schutz der Meinungsfreiheit höher

¹⁰³ Vgl. ebd.

bewertet werden als dessen allgemeines Persönlichkeitsrecht, solange keine Formalbeleidigung oder Schmähkritik vorliegt und es sich um eine zumindest relative Person der Zeitgeschichte handelt. Zudem hat es sich hier lediglich um eine optische Anpassung gehandelt und keine persönliche Herabwürdigung des Abgebildeten. Auch die begleitende Berichterstattung hatte sich an Vorgängen von allgemeiner Bedeutung orientiert und trug zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Daher wurde das angefochtene Urteil aufgehoben.

Daraufhin legte Ron Sommer Verfassungsbeschwerde beim BVerfG ein, der im Prinzip stattgegeben wurde.¹⁰⁴ Das BVerfG hielt zwar die Rechtsprechung des BGH im Prinzip für verfassungsgemäß, jedoch sei verkannt worden, dass bereits durch geringfügige Veränderungen des Gesichts des Betroffenen eine starke Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts vorliege. Durch sogenannte „unterschwellige Manipulation“ bestehe die Gefahr, dass sie für den Betrachter als solche nicht erkennbar sei. Denn durch die technischen Möglichkeiten geht eine Gefahr der Manipulation von Originalaufnahmen aus, die das Recht am eigenen Bild erheblich verletzen können. „Würde jede Manipulation eines Fotos bei der Herstellung einer satirischen Fotokollage als Bestandteil der Satire qualifiziert, käme dies einem Freibrief gleich, das Erscheinungsbild einer Person zu dem Zweck negativ verändern zu dürfen, sie - passend zum Aussagegehalt - möglichst schlecht aussehen zu lassen.“¹⁰⁵ Daher sei die manipulierte Abbildung des Klägers als nicht zutreffende Tatsachenbehauptung zu bewerten, die nicht in den Schutzbereich der Meinungsäußerungsfreiheit geschweige denn der Kunstfreiheit falle.¹⁰⁶ Die neu zu treffende Entscheidung des BGH steht allerdings noch aus.

¹⁰⁴ Ennens 2009, 95

¹⁰⁵ BVerfG, 1 BvR 240/04 vom 14.02.2005, Absatz-Nr. (1 - 32)

¹⁰⁶ Ennens 2009, 95

Rechtsanwalt und Medienrechtsexperte Burkhard Renner, der dieses Verfahren durch alle Instanzen, die es durchlaufen hat, verfolgt hat, kann sich der Entscheidung des BVerfG nur anschließen. So sieht Renner als Kernpunkt der Entscheidung nicht die Einschränkung der Satirefreiheit, sondern den Schutz vor unmerklich, reproduktionstechnischen Veränderungen eines Bildes mit Aussagegehalt an.¹⁰⁷ Denn dem Betrachter des Bildes wird kein Anhaltspunkt gegeben, dass es manipuliert wurde. Fotos sollten seiner Meinung nach Authentizität suggerieren, damit jeder Betrachter davon ausgehen kann, dass der oder die Abgebildete auch in Wirklichkeit so aussehen wie dargestellt.

5.2.3 Lisa Loch

„Mein Name ist Lisa Loch und ich bin sechzehn Jahre alt“.¹⁰⁸ Mit diesen Worten stellte sich die Klägerin in einem Kurzinterview zur Wahl der „Miss Allemagne“ vor, das zunächst in der Fernsehsendung „RTL-Explosiv“ ausgestrahlt wurde und im Dezember 2001 durch Moderator Stefan Raab in „TV total“ aufgegriffen und folgendermaßen kommentiert wurde: „Ja, die Lisa Loch, meine Damen und Herren. Man muss heute doch nicht Lisa Loch heißen. So was kann man doch notariell ändern lassen, z.B. in Lotti Loch oder vielleicht war Lisa Loch doch ihr Künstlername und die heißt wirklich Petra Pussy. Toller Name, auch wenn man ins Pornogeschäft einsteigen will. Der neue Film mit Lisa Loch, hallöchen.“

Im Mai 2002 wurde der Filmausschnitt erneut in Raabs Sendung gezeigt, nachdem er sich mit dem Thema „Wahlrecht für Sechzehnjährige“ befasst

¹⁰⁷ medienweb.de 2005, Internet

¹⁰⁸ Wenmakers 2009, 36

hatte, was damals in der Politik diskutiert wurde.¹⁰⁹ In diesem Zusammenhang wurden fiktive Parteien, u.a. auch die „Lisa Loch-Partei“, vorgestellt. Ein Sprecher im Hintergrund sagte dazu: „Ganz weit vorne ist aber diese junge Frau“. Anschließend wurde der Ausschnitt vom Kurzinterview erneut eingeblendet und der Sprecher kommentierte weiter: „Genau, der Name ist Programm“. Ein fiktives Wahlplakat, welches für die „Lisa Loch-Partei“ warb und anschließend ein Ausschnitt aus einem Pornofilm, der eine Blondine mit einem Mann beim Geschlechtsverkehr zeigte, wurden mit dem Text „Loch für alle“ eingeblendet.

Die Betroffene erstattete Anzeige und das OLG Hamm war der Rechtsauffassung, dass die beiden Beiträge in Raabs Fernsehsendungen schwerwiegend das Persönlichkeitsrecht der Klägerin verletzen.¹¹⁰ Durch diese Berichtserstattungen wurde der fälschliche Eindruck vermittelt, dass die Klägerin aufgrund ihres Namens im Pornogeschäft tätig sei. Die gezeigte junge blonde Frau, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der Geschädigten hatte, hatte sogar noch den Eindruck vertieft. Mit der anzüglichen Formulierung „Loch für alle“ wurde die Klägerin erniedrigt und als sexuell verfügbar dargestellt. Folglich wurde die Würde und Ehre¹¹¹ im Kernbereich der Klägerin verletzt, zumal sie bei der Ausstrahlung der Beiträge noch nicht volljährig gewesen ist. Obwohl Lisa Loch an einem Schönheitswettbewerb teilgenommen hatte und in dem Zusammenhang ein Kurzinterview für einen anderen Sender gab, war es rechtswidrig die Klägerin in ihrem Persönlichkeitsrecht dermaßen anzugreifen.

Die Rechtsanwälte der Klägerin und des Beklagten sahen die mediale Präsentation von Lisa Loch jedoch unterschiedlich. Raabs Anwälte erklärten, dass Lisa Loch „die TV-Szenen vielmehr als positiv aufgenommen und als karrierefördernd angesehen“ habe.¹¹² Dahingegen war das OLG der Meinung,

¹⁰⁹ Wenmakers 2009, 36 f

¹¹⁰ Wenmakers 2009, 37

¹¹¹ Das Persönlichkeitsrecht, die persönliche Ehre, wird in Kapitel 3.2.3 näher erläutert

¹¹² NZ Netzeitung 2002, Internet

dass Frau Loch sich zwar in gewisser Weise selbst medial präsentiert habe, doch dies sei nicht als freiwillige Interessenexponierung zu bewerten.¹¹³ Ihr Bewerbungsschreiben für ein schulisches Kurzpraktikum an die Redaktion der Sendung nach dem ersten Beitrag führe nicht dazu, dass sie die Persönlichkeitsrechtsverletzung genehmigt und in weitere Rechtsverletzungen eingewilligt habe. Die Klägerin formulierte in ihrem Schreiben an den Sender wie folgt: „Ich bin diejenige, über die sich Stefan Raab in der Sendung vom 11.12.2001 lustig gemacht hat.... Ich liebe das Shoppen und Partys, wobei ich im Moment, dank Stefan Raab, die Partyattraktion schlechthin bin...“. Zwar seien einige Formulierungen dieses Schreibens laut OLG kokett, doch da die Klägerin zu diesem Zeitpunkt noch minderjährig war, habe sie nicht die entsprechende geistige Reife besessen, um alle Deutungsmöglichkeiten des Bewerbungsschreibens zu beurteilen. Außerdem habe die Betroffene den Praktikumsplatz später als eine Art Wiedergutmachung beschrieben und es lasse sich aus dem Schreiben nicht entnehmen, dass sie sich durch den damaligen Beitrag nicht trotzdem beeinträchtigt gefühlt habe.

Die Sache wurde rechtskräftig dergestalt entschieden, dass das OLG im Februar 2004 in zweiter Instanz der Klägerin Lisa Loch eine Geldentschädigung in Höhe von 70.000 € aufgrund der Verletzung ihrer allgemeinen Persönlichkeitsrechte in der Sendung „TV total“ zusprach¹¹⁴. Lochs Anwalt Frank Roeser sah in diesem Fall ein gutes Beispiel dafür, dass es in Deutschland keine Zwei-Klassen-Justiz gibt.¹¹⁵ Der Richterspruch soll, so Roeser, abschreckend wirken, denn „für alle Nichtprominenten, die Medienopfer geworden sind oder noch werden können, ist das eine richtungsweisende Entscheidung“.

¹¹³ Wenmakers 2009, 37 f

¹¹⁴ Wenmakers 2009, 36

¹¹⁵ Spiegel online 2004, Internet

5.2.4 Christopher Street Day: Papamobil

Nach vierjährigem Rechtsstreit hat der VGH München im Jahr 2010 rechtskräftig entschieden, dass durch Art. 5 GG (Meinungsäußerungsfreiheit¹¹⁶) satirische Kritik am Papst erlaubt und damit auch zulässig ist¹¹⁷.



Abb. 6: Christopher Street Day - Papst Benedikt XVI

Im Jahr 2006 fand in München der Christopher Street Day statt.¹¹⁸ Für diese Veranstaltung war auch der streitgegenständliche LKW der Kläger Dietmar Holzapfel und Josef Sattler vorgesehen, der als „Papamobil“ dekoriert war. Auf dem Wagen waren eine Papstpuppe aufgestellt und eine Vielzahl von Plakaten, die Papst Benedikt XVI geschminkt und mit einem Kondom in der Hand zeigten, angebracht. Unter den Plakaten standen Schriftzüge, wie „Homosexuelle Beziehungen sind zutiefst unmoralisch“, „Homosexualität ist eine schwere Sünde“, „Homosexuellen ist mit Achtung, Mitleid und Takt zu begegnen“ oder „Homosexuelle sind gerufen ein keusches Leben zu führen“.

Die Polizei sah den Wagen als Beleidigung und Verunglimpfung des Papstes an und ließ das Fahrzeug erst nach Abbau der Puppe und der

¹¹⁶ Nähere Erläuterungen dazu sind in Kapitel 3.1.1 Meinungs- und Informationsfreiheit zu finden

¹¹⁷ JU – Community Kirche 2010, Internet

¹¹⁸ Vgl. ebd.

Fotomontagen an der Parade teilnehmen¹¹⁹. Außerdem bekam Holzapfel eine Anzeige „wegen des Verdachts der Verunglimpfung eines ausländischen Staatsoberhauptes und Beleidigung von religiösen Bekenntnissen“, allerdings wurde das Strafverfahren später sanktionslos eingestellt.¹²⁰ Holzapfel fühlte sich zu Unrecht verfolgt und reichte eine Klage ein, da die Polizei „sein Recht auf Meinungs- und Kunstfreiheit sowie das Demonstrationsrecht widerrechtlich eingeschränkt hatte“, was seiner Ansicht nach rechtswidrig war. Diese Klage wies das VG München ab. In seiner Begründung führte es aus, dass die Polizei vor Ort eine Güter- und Interessenabwägung vorgenommen habe und dabei die Persönlichkeitsrechte des Papstes höher eingeschätzt worden seien als die des Klägers.¹²¹ Die rechtliche Würdigung der Polizei habe nicht gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verstoßen. Ein weiterer Rechtfertigungsgrund für das Eingreifen der Polizei war, dass die Beamten davon ausgehen mussten, dass die Gefahr des Begehens einer Straftat bestand. Somit war der angefochtene Verwaltungsakt rechtmäßig. Dagegen legte Holzapfel Berufung ein und beantragte das Urteil des VG München aufzuheben sowie festzustellen, dass die polizeiliche Anordnung auf Entfernung der Puppe und der Plakate rechtswidrig gewesen sei. Entgegen der Auffassung des VG sah der Bayerische VGH das Klagebegehren als rechtmäßig an.

Der VGH begründete seine Rechtsansicht wie folgt:

- a) Der Kläger wollte mit seinen Dekorationen am Fahrzeug ausschließlich Kritik an den Äußerungen der katholischen Kirche zur Homosexualität anbringen.¹²² Durch die polizeiliche Anordnung auf Entfernung der Puppe und der Plakate war es dem Kläger nicht mehr möglich seine Meinung kundzutun. Daher war sein Recht auf freie Meinungsäußerung nach Art. 5 Abs. 1 GG beeinträchtigt.

¹¹⁹ Abendzeitung 2010, Internet

¹²⁰ Tuerk 2010, Internet

¹²¹ VGH, 10 ZB 08.1721, vom 08.03.2010

¹²² Vgl. ebd.

- b) Weder die Fotomontagen noch die Papstpuppe stellen eine Beleidigung oder eine Ehrverletzung dar.¹²³ Denn die angebrachte Äußerung „Homosexualität ist eine schwere Sünde“ war so wortwörtlich von der katholischen Kirche getätigt und vom Kläger lediglich wiederholt worden. Die Darstellung in ihrer Gesamtheit wird vom Grundrecht der Meinungsfreiheit umfasst. Es handelt sich um einen hinnehmbaren Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung.
- c) Des Weiteren verletzt die Darstellung des Papstes mit sexuellen Attributen nicht seine Menschenwürde, da über sexuelle Praktiken des Betroffenen keine Aussage gemacht wird und keine Formalbeleidigung oder Schmähung des Papstes vorliegt.¹²⁴ Sowohl die Verfremdung der Papstbilder als auch der Papstpuppe sind als Meinungsäußerung in Form einer Karikatur bzw. Satire zu verstehen. Nachdem der Wagen am Christopher Street Day gezeigt werden sollte, ist der Aussagekern der Satire die Kritik an der Einstellung der katholischen Kirche zur Homosexualität, was dem Motto des Tages entsprach. Der Aussagekern des klägerischen Wagens ist ausschließlich als kritische Meinungsäußerung und nicht als Beleidigung des Papstes bzw. der Kirche zu verstehen. Auch die satirische Einkleidung enthält keine beleidigenden Elemente, sondern ist im Rahmen des satirischen Gestaltungsfreiraums zu sehen. Zudem weist die Puppe keinerlei Ähnlichkeit zu Papst Benedikt XVI. auf. Eindeutig ist auch für den unvoreingenommenen und verständigen Betrachter zu erkennen, dass durch die Darstellung des Papstes mit Schminke, gefärbten Haaren, Kondom und Aidsschleife nicht dessen homosexuelle Neigung oder dessen Bejahung zur homosexuellen Lebensweise kundgetan werden wollte. Daher ist die satirische Darstellung als Übertreibung sofort durchschaubar. Der gesamte Wagen ist als Kritik und Belustigung

¹²³ Vgl. ebd.

¹²⁴ Vgl. ebd.

gedacht, eine persönliche Abwertung des Papstes ist damit nicht verbunden.

- d) Das Eingreifen der Polizei war nicht gerechtfertigt, da zum Zeitpunkt der Anordnung keine Gefahr ausging, die deren Vorgehen rechtfertigen würde.¹²⁵ Die Kritik in Form der satirischen Ausgestaltung spiegelt den bunten, heiteren Charakter dieses Tages wieder und trägt keinerlei Anzeichen von Aggression oder Rechtsbruch.

Der Kläger Holzapfel brachte zu seiner Rechtfertigung vor: „Die Schlagzeile ‚wir sind Papst?‘, sollte zum Ausdruck bringen, dass auch Homosexuelle Teil der Gesellschaft sind.¹²⁶ Mit der Darstellung der Kondome sollte auf das Kondomverbot der katholischen Kirche hingewiesen werden, die Aidsschleife als Symbol für die Folgen des Kondomverbots, insbesondere in Afrika. Gleichzeitig sei es ein Anliegen gewesen auf die Doppelmoral der katholischen Kirche hinzuweisen.“

Zur Entscheidung in der vorbeschriebenen Rechtssache ist lediglich anzumerken, dass sich das Recht auf Meinungsfreiheit des Klägers gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Papstes durchgesetzt hat. Die rechtliche Würdigung der Sachlage war aber ebenso wie in den drei anderen Beispielfällen äußerst unklar und daher heftig umstritten. Die Rechtslage wurde in allen Fällen durch die angerufenen Gerichte divergierend gesehen, sodass widersprechende Urteile ergingen.

¹²⁵ Vgl. ebd.

¹²⁶ Tuerk 2010, Internet

Kapitel 6 Fazit

Die Abgrenzung zwischen zulässiger satirischer Bildbearbeitung und dem Recht auf freie Meinungsäußerung einerseits sowie dem Recht auf Schutz der eigenen Persönlichkeit andererseits war und ist ungemein schwierig. Diese schon immer bestehende Problematik ist in den letzten Jahren durch die neuartigen Medientechniken, die fortwährend verbessert werden, und dem sich verstärkenden gesellschaftlichen Wandel wesentlich verschärft worden. Eine zeitgemäße Anpassung der Rechtslage an den technischen Fortschritt und die sich ändernden Wertvorstellungen in der Gesellschaft ist daher unumgänglich und stetig vorzunehmen.

Wie den in Kapitel 5 angeführten Gerichtsentscheidungen unschwer entnommen werden kann, ist der Konflikt zwischen noch erlaubter satirischer Bildbearbeitung oder schon gegebener Verletzung des Persönlichkeitsrechts ein wiederkehrender Streitpunkt. Selbst die einzelnen Gerichte sind bei der Entscheidungsfindung oftmals unterschiedlicher Rechtsauffassung, weshalb ein Streitgegenstand, der verschiedene Rechtsinstanzen durchläuft, häufig nicht gleichlautend entschieden wird – wie Punkt 5.2.4 mit dem „Papamobil“ aufzeigt. Die Rechtsprechung ist aber auch gehalten Auswüchsen entgegen zu treten, die persönliche Verunglimpfungen darstellen oder in Beleidigungen der Gerichtsbarkeit ausarten – wie unter Punkt 5.2.1 „Strauß-Karikaturen“ beschrieben. Derartiges Fehlverhalten, begangen unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit, muss seitens der Justiz missbilligt und wenn sogar eine Straftat vorliegt dann auch angemessen geahndet werden, um für die Zukunft entsprechende Grenzen zu setzen und der missbräuchlichen Ausnutzung eines Grundrechts vorzubeugen.

Als Ergebnis dieser Arbeit ist festzuhalten, dass Karikaturen und Fotomontagen rechtlich nicht gerade unstrittig sind. Denn die Grenzen der Satirefreiheit werden immer vom allgemeinen Persönlichkeitsrecht des

Abgebildeten definiert. Dabei gilt es immer zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen, dass sich beide Seiten auf Rechte, die im Grundgesetz verfassungsrechtlich verankert sind, berufen können. Im Rahmen der Entscheidungsfindung muss unbedingt geprüft werden, welches Grundrecht höher zu bewerten ist und deshalb den Vorrang hat. Bei der gebotenen Güter- und Interessenabwägung, die in jedem Einzelfall notwendig ist, kommt es allerdings vor, dass man eine Grauzone erreicht, die nicht exakt bestimmt werden kann mit der zwangsläufigen Folge, dass unterschiedliche Rechtsauffassungen möglich und vertretbar sind.

Die Erfassung der zutreffenden Rechtslage, maßgeblich beeinflusst durch die Weiterentwicklung der Rechtsprechung, die wiederum mit Blick auf das ständig sich verändernde Umfeld für die Zukunft weder vorhersehbar noch hinreichend bestimmbar ist, wird wie schon bisher Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen mit ungewissem Ausgang sein. Es war und wird im konkreten Einzelfall auch weiterhin schwierig sein genau festzulegen, wie die einzelnen Grundrechte zueinander stehen und gegenseitig zu gewichten sind. Für den Grundfall hat jedoch die Kernaussage Bestand, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht den Grenzbereich der zulässigen Meinungsäußerungs- und Kunstfreiheit bei der satirischen Bildbearbeitung darstellt und eine diesbezügliche Beachtung unbedingt erforderlich ist.

Literaturverzeichnis

Bücher:

- Alexy, Lennert: Gewinnabschöpfung bei Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch die Medien. Schriftenreihe zum Kommunikations- und Medienrecht. Band 11. Hamburg 2009
- Ennens, Michael: Persönlichkeitsrechtliche Grenzen der satirischen Bildbearbeitung. Hamburg 2009
- Fechner, Frank: Entscheidungen zum Medienrecht. Tübingen 2007
- Götting, Horst-Peter/Schertz, Christian/Seitz, Walter: Handbuch des Persönlichkeitsrechts. München 2008
- Gottwald, Stefan: Das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Ein zeitgeschichtliches Erklärungsmodell. Band 11. Berlin 1996
- Gronau, Kerstin: Das Persönlichkeitsrecht von Personen der Zeitgeschichte und die Medienfreiheit. Band 90. Baden-Baden 2002
- Grundgesetz: Beck-Texte im Deutschen Taschenbuch Verlag. 41. Auflage. 5003. München 2007
- Helle, Jürgen: Besondere Persönlichkeitsrechte im Privatrecht. Das Recht am eigenen Bild, das Recht am gesprochen Wort und der Schutz des geschriebenen Wortes. Tübingen 1991
- Hoeren, Thomas/Nielen Michael: Fotorecht. Recht der Aufnahme, Gestaltung und Verwertung von Bildern. Berlin 2004
- Kadner, Irene: Die Verbreitung von Fotomontagen mit dem Recht am eigenen Bild. Schriften zum Medienrecht. Band 1. Hamburg 2004

- Reh binder: Presserecht. Die öffentliche Aufgabe und rechtliche Verantwortung der Presse. Berlin 1962
- Schiller Friedrich: Über naive und sentimentale Dichtung. 1795
- Simon, Gesa: Persönlichkeitsschutz gegen herabsetzende Karikaturen in Deutschland und Frankreich; Europäische Hochschulschriften: Reihe 2. Rechtswissenschaften. Band 1669. Frankfurt a. M. 1995
- Wanckel, Endress: Foto- und Bildrecht. 3. Auflage. München 2009
- Wenmakers, Julia: Rechtliche Grenzen der neuen Formen von Satire im Fernsehen. Schriftenreihe zum Kommunikations- und Medienrecht. Band 10. Hamburg 2009
- Wenzel, Karl Egbert: Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung. Handbuch des Äußerungsrechts. 5. Auflage. Burkhardt, Emanuel/Gamer, Waldemar/ Ritter von Strobl-Albeg, Joachim. Köln 2003

Internet:

- Abendzeitung: va, <http://www.abendzeitung.de/muenchen/171090>, vom 08.03.2010, aufgerufen am 22.07.2010
- Augsten, Michael: <http://karikatur.augsten.at/definition-karikatur.php>, Wien, 2006 – 2009, aufgerufen am 11.06.2010
- Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil des 10. Senats vom 08.03.2010, Az 10 ZB 08.1721, <http://www.vgh.bayern.de/BayVGH/documents/09a01102u.pdf>, aufgerufen am 22.07.2010
- Bundesgerichtshof, Urteil des VI. Zivilsenats vom 30.09.2003, VI ZR 89/02, <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi->

[bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&sid=ac261e5ca3671a9d487b5cad93e3846&client=\[%22\[%27\[%27%2C+%27\[%27\[%22%2C+%22\[%27\[%27%2C+%27\[%27\[%22\]&client=\[%22\[%27\[%27%2C+%27\[%27\[%22%2C+%22\[%27\[%27%2C+%27\[%27\[%22\]&nr=27825&pos=29&anz=42](http://bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&sid=ac261e5ca3671a9d487b5cad93e3846&client=[%22[%27[%27%2C+%27[%27[%22%2C+%22[%27[%27%2C+%27[%27[%22]&client=[%22[%27[%27%2C+%27[%27[%22%2C+%22[%27[%27%2C+%27[%27[%22]&nr=27825&pos=29&anz=42), aufgerufen am 05.07.2010

- Bundesverfassungsgericht, 1 BvR 240/04 vom 14.02.2005, Absatz-Nr. (1-32),
http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20050214_1bvr024004.html,
aufgerufen am 05.07.2010
- Heberer, Ralph-H./Lauinger, Thomas: http://www.anwalt-heberer-karlsruhe.de/vorsicht_satire_teil_1.php, Karlsruhe, 2009, aufgerufen am 14.07.2010
- Horwarth, Alexander: Zeitungsmarketing Gesellschaft,
http://www.bdzv.de/markttrends_und_daten+M5ee7e06175f.html, vom 22.07.2010, aufgerufen am 24.07.2010
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=5&u=&p=>, unter „Gedruckte Version der Auflagenliste des 2. Quartal 2010 in PDF-Format“, vom 21.07.2010, aufgerufen am 24.07.2010
- ju: Community Kirche, <http://www.queer-news.at/archives/1374>, vom 09.03.2010, aufgerufen am 22.07.2010
- Knill, Markus/Knill, Hildegard: K+K Kommunikationsberatung,
<http://www.rhetorik.ch/Bildmanipulation/Bildmanipulation.html#montage>, von 1998-2009, aufgerufen am 25.07.2010
- medienweb.de: Renner, Burkhard: <http://archiv-08.medienweb.de/magazin/print-verlag/medien-recht/urteile/urteil-ron->

sommer-satire-bverfg/index.html, vom 22.03.2005, aufgerufen am 26.12.2010

- NZ Netzeitung: Springensguth, Silke:
<http://www.netzeitung.de/medien/205272.html>, vom 04.09.2002, aufgerufen am 27.12.2010
- Roth, Wolf-Dieter: <http://netzwertig.com/2008/02/25/eulenspiegel-satire-ost/>, vom 25.02.2008, aufgerufen am 24.07.2010
- Spiegel online: <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,284903,00.html>, vom 04.02.2004, aufgerufen am 27.12.2010
- Tschentscher, Axel/Strößner, Djamila:
<http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv075369.html>, von 2009, aufgerufen am 13.07.2010
- Tuerk, Johann: <http://www.online-artikel.de/article/das-schwulen-papamobil-erlaubt--43850-1.html>, vom 30.03.2010, aufgerufen am 22.07.2010

Abbildungen:

- Abb. 1: Weber, Matthias: History Marketing – History Consulting
http://www.mattweber.de/art_5.jpg, von 2010, aufgerufen am 23.12.2010
- Abb. 2 und Abb. 3: Knill, Markus/Knill, Hildegard: K+K Kommunikationsberatung,
<http://www.rhetorik.ch/Bildmanipulation/Bildmanipulation.html#montage>, von 1998-2009, aufgerufen am 12.12..2010

- Abb. 4: Markstein, Gary: <http://www.journal.kylaloo.net/wp-content/2004/november/usWahl/markstein3.gif>, vom November 2004 aufgerufen am 14.11.2010
- Abb. 5: medienweb.de / [rst] medien: <http://archiv-08.medienweb.de/typo3temp/pics/f19226104a.jpg>, von 2000, aufgerufen am 10.11.2010
- Abb. 6: Humanistischer Pressedienst: <http://hpd.de/node/7014>, vom 14.09.2009, aufgerufen am 22.11.2010

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit „Satirische Bildbearbeitung in Bezug auf das Persönlichkeitsrecht“ ohne fremde Hilfe selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Unterschrift